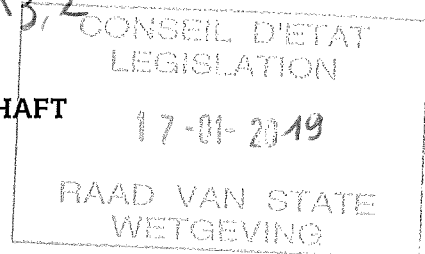


65203/3/VR_{3,2}

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]



Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Festlegung des Verfahrens zur Zulassung, Registrierung und Anerkennung der Fachkräfte der Gesundheitspflegeberufe und zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe, Artikel 43 §2, Artikel 56, Artikel 61, Artikel 63, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 27. Juni 2016, Artikel 64, Artikel 72 §2 Absatz 1, Artikel 88, Artikel 102, Artikel 153 §§1-2 und §3 Absatz 4;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 21. April 1983 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung von Fachärzten und Hausärzten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 1. Februar 1991 über die Ausübung des Hebammenberufs;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 10. November 1996 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung der Fachkräfte der Zahnheilkunde, die Inhaber einer besonderen Berufsbezeichnung sind;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 15. April 2002 über die Zulassung als Heilgymnast und die Zulassung besonderer Berufsbezeichnungen und besonderer Qualifikationen;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. November 2004 über die Zulassung der Fachkräfte der Heilhilfsberufe;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. Oktober 2012 zur Festlegung des Zulassungsverfahrens für die besondere Berufsbezeichnung eines Krankenhausapothekers;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 14. April 2013 zur Festlegung des Verfahrens anwendbar auf die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen von Gesundheitsberufen, welche angeeignet wurden in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union als Belgien;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 18. April 2013 über die Zusammensetzung, die Organisation und die Arbeitsweise der Zulassungskommission für die Krankenpflegefachkräfte, zur Festlegung des Zulassungsverfahrens, nach dem Krankenpfleger ermächtigt werden, eine besondere Berufsbezeichnung zu führen oder sich auf eine besondere berufliche Qualifikation zu berufen, und zur Festlegung des Verfahrens zur Registrierung als Pflegehelfer;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 24. März 2016 zur übergangsweisen Regelung des Anerkennungsverfahrens für Gesundheits- und Pflegeberufe;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde vom...;

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gesetzes vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen;

Auf Vorschlag des für Gesundheit zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Europaklausel

Vorliegender Erlass dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, zuletzt abgeändert durch Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. November 2013 und Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems („IMI-Verordnung“).

Art. 2 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Antragsteller: der Inhaber eines in Belgien erlangten Diploms, das Zugang zur Ausübung eines im Gesetz vom 10. Mai 2015 erwähnten Gesundheitspflegeberufs gibt oder zum Führen einer dort erwähnten Berufsbezeichnung, besonderen Berufsbezeichnung oder besonderen Berufsqualifikation ermächtigt, und zu diesem Zweck einen Antrag auf Zulassung bzw. Registrierung stellt;

2. europäischer Antragsteller: der Inhaber einer Berufsqualifikation, die er in einem anderen europäischen Mitgliedstaat als Belgien erlangt hat und für die er einen Antrag auf Anerkennung stellt;

3. Europäischer Berufsausweis: der in Artikel 2 §1 Buchstabe o) des Gesetzes vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen erwähnte Berufsausweis;

4. Fachbereich: der für Gesundheit zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5. Gesetz vom 12. Februar 2008: das Gesetz vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen;

6. Gesetz vom 10. Mai 2015: das koordinierte Gesetz vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe;

7. IMI: das durch die Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems geregelte und in Artikel 2 §1 Buchstabe s) des vorerwähnten Gesetzes vom 12. Februar 2008 erwähnte Binnenmarktinformationssystem;



8. Minister: der für Gesundheit zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

9. EU-Verordnung: die Durchführungsverordnung (EU) 2015/983 der Kommission vom 24. Juni 2015 betreffend das Verfahren zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises und die Anwendung des Vorwarnmechanismus gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Art. 3 – Befangenheitsregelung

Externe Sachverständige, die im Rahmen des vorliegenden Erlasses mit der Erstellung einer Stellungnahme beauftragt werden, nehmen ihre Aufgabe nicht wahr, wenn ein Befangenheitsgrund vorliegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn sie durch die Abgabe einer Stellungnahme zu einem Zulassungs-, Registrierungs- oder Anerkennungsantrag beruflich oder privat einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil erlangen können.

Eventuelle Befangenheitsgründe teilen die externen Sachverständigen unmittelbar nach Beauftragung dem Fachbereich mit.

Art. 4 – Entschädigung externer Sachverständiger

Externe Sachverständige, die im Rahmen des vorliegenden Erlasses mit der Erstellung einer Stellungnahme beauftragt werden, erhalten pro Stellungnahme ein Honorar in Höhe von 175 Euro. Wenn mehrere Sachverständige im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitssitzung mehr als eine Stellungnahme verfassen, erhält jeder Sachverständige insgesamt 175 Euro, unabhängig von der Anzahl an diesem Tag abgegebener Stellungnahmen.

Im Falle von Anhörungen und gemeinsamen Arbeitssitzungen erhalten sie zudem eine Fahrtentschädigung gemäß Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 5 – Zulassungs-, Registrierungs- und Anerkennungsverfahren

Antragsteller, die Inhaber eines in Belgien erlangten Diploms sind, das Zugang zur Ausübung eines im Gesetz vom 10. Mai 2015 erwähnten Gesundheitspflegeberufs gibt oder zum Führen einer dort erwähnten Berufsbezeichnung, besonderen Berufsbezeichnung oder besonderen Berufsqualifikation ermächtigt, können einen Antrag auf Zulassung bzw. auf Registrierung gemäß Kapitel 2 einreichen.

Europäische Antragsteller, die Inhaber einer Berufsqualifikation sind, die sie in einem anderen europäischen Mitgliedstaat als Belgien erlangt haben, können einen Antrag auf Anerkennung gemäß Kapitel 3 oder auf Ausstellung eines europäischen Berufsausweises gemäß Kapitel 4 stellen.

KAPITEL 2 – ZULASSUNGS- UND REGISTRIERUNGSVERFAHREN

Abschnitt 1 – Zulassung

Art. 6 – Zulassung auf Antrag

Der Antragsteller reicht einen Antrag gemäß Absatz 2 beim Fachbereich ein, um gemäß dem Gesetz vom 10. Mai 2015:



1. eine Zulassung zur Ausübung eines im selben Gesetz erwähnten Gesundheitspflegeberufs zu erhalten;
2. eine Zulassung als Inhaber einer im selben Gesetz erwähnten Berufsbezeichnung, besonderen Berufsbezeichnung oder besonderen Berufsqualifikation zu erhalten.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Bezeichnung des Gesundheitspflegeberufs, für den die Zulassung beantragt wird;
2. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer (BIS-Nummer, falls Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt);
3. Angaben über den oder die berufsrelevanten Ausbildungstitel oder Weiterbildungen.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. tabellarischer Lebenslauf;
2. Kopie der Vorder- und Rückseite des Personalausweises;
3. Original des Auszugs aus dem Strafregister, das nicht älter als 3 Monate ist;
4. Kopie des in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Ausbildungstitels und/oder Kopie der Bescheinigung über die abgeschlossene Weiterbildung, inklusive der Weiterbildungsstunden;
5. ggf. Kopie der durch den Arbeitgeber erstellten Arbeitszeugnisse.

Art. 7 – Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Der Fachbereich erteilt dem Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt der Fachbereich die Antragsakte und setzt den Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

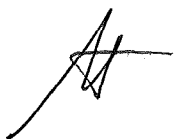
Art. 8 – Erstellung eines Gutachtens

§1 – Der Fachbereich erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten darüber, ob der Antragsteller die der Zulassung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt.

§2 – Der Fachbereich kann für die Erstellung des Gutachtens auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Greift der Fachbereich auf eine Stellungnahme eines externen Sachverständigen zurück und ist dieser der Ansicht, dass der Antragsteller nicht die der Zulassung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt, kann der Fachbereich entscheiden, weitere Unterlagen anzufordern bzw. den Antragsteller anzuhören. Die Entscheidung, den Antragsteller anzuhören bzw. weitere Unterlagen anzufordern, hat aussetzende Wirkung auf die in §1 erwähnte Frist bis zum Datum der Anhörung bzw. bis zu dem Datum, an dem die angeforderten Dokumente beim Fachbereich eingereicht wurden.

Der Fachbereich lädt den Antragsteller, außer in Dringlichkeitsfällen, mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.



Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

Erscheint der Antragsteller nicht zur Anhörung, erstellt der Fachbereich ein Gutachten auf Grundlage der Elemente, über die er verfügt.

Art. 9 – Entscheidung des Ministers

§1 – Erteilt der Fachbereich ein günstiges Gutachten, trifft der Minister eine Entscheidung auf dessen Grundlage innerhalb einer Frist von einem Monat ab dessen Abgabe.

Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

§2 – Erteilt der Fachbereich ein ungünstiges Gutachten, übermittelt er dieses dem Antragsteller per Einschreiben.

Innerhalb einer Frist von einem Monat ab Versand des Einschreibens kann der Antragsteller beim Fachbereich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zum Gutachten einreichen.

Reicht der Antragsteller keine Stellungnahme ein, entscheidet der Minister auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs.

§3 – Reicht der Antragsteller eine Stellungnahme ein, erstellt der Fachbereich innerhalb eines Monats nach Eingang der Stellungnahme ein zweites Gutachten. Wenn aus der Stellungnahme des Antragstellers neue Elemente hervorgehen, kann der Fachbereich für die Erstellung des zweiten Gutachtens auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Im Absatz 1 erwähnten Fall wird Artikel 8 §2 Absätze 2-6 angewendet.

Der Minister entscheidet auf Grundlage der Gutachten des Fachbereichs und der Stellungnahme des Antragstellers.

Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

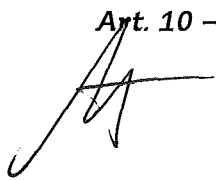
Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 2 – Besondere Zulassungsverfahren

Unterabschnitt 1 – Praktikum und Zulassung von Allgemeinmedizinerinnen und Fachärztinnen

Art. 10 – Antrag auf Genehmigung des Praktikumsplans



Innerhalb der ersten 4 Monate seiner Ausbildung reicht der in Belgien zur Ausübung der Medizin berechtigte Antragsteller einen Antrag auf Genehmigung seines Praktikumsplans beim Fachbereich ein.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Angaben über Beginn, Ende und Dauer des Praktikums;
2. Angaben über den Praktikumsleiter;
3. Angaben über die Praktikums Einrichtung.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller in einer medizinischen Fakultät für die entsprechende Fachrichtung eingeschrieben ist;
2. eine Bescheinigung über die Eintragung bei der Ärztekammer;
3. eine Kopie einer Vereinbarung zwischen dem Antragsteller, dem Praktikumsleiter und ggf. der Praktikums Einrichtung über die Entlohnung des Antragstellers.

Art. 11 – Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Der Fachbereich erteilt dem Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt der Fachbereich die Antragsakte und setzt den Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 12 – Erstellung eines Gutachtens

Der Fachbereich erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten über die Genehmigung des Praktikumsplans.

Die Erstellung des Gutachtens erfolgt gemäß den in Artikel 8 festgelegten Modalitäten.

Art. 13 – Entscheidung des Ministers

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs über die Genehmigung des Praktikumsplans innerhalb einer Frist von einem Monat ab dessen Abgabe.

Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

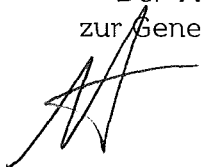
1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 14 – Abänderung des Praktikumsplans

Der Antragsteller unterbreitet dem Fachbereich jede Änderung des Praktikumsplans zur Genehmigung durch den Minister. Die Änderung des Praktikumsplans unterliegt den in



den Artikeln 11-13 festgelegten Modalitäten.

Art. 15 – Unterbrechung des Praktikums

§1 – Der Antragsteller leistet das Praktikum ohne Unterbrechung.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Antragsteller dem Fachbereich eine Unterbrechung des Praktikums mitteilen. Auf Grundlage eines Gutachtens des Fachbereichs kann der Minister die Unterbrechung erlauben.

§2 – Während der Dauer seiner Ausbildung hat der Antragsteller das Recht auf eine Unterbrechung des Praktikums von insgesamt höchstens vier Monaten, ohne dass damit eine Verlängerung der Praktikumsdauer einhergeht, und zwar:

1. im Rahmen des im Gesetz vom 16. März 1971 über die Arbeit vorgesehenen Mutterschaftsurlaubs;
2. im Rahmen der im Sanierungsgesetz vom 22. Januar 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen vorgesehenen Palliativpflege;
3. aus medizinischen Gründen.

§3 – Für jede in den §§1-2 vorgesehenen Unterbrechungen, die über die Dauer von vier Monaten hinausgehen, wird das Praktikum um den darüber hinausgehenden Zeitraum verlängert.

Der Antragsteller unterbreitet dem Fachbereich einen Vorschlag für die Verlängerung des Praktikums für den Teil der Unterbrechung, der länger als vier Monate dauert.

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs über den Teil der Unterbrechung, der über die vier Monate hinausgeht.

Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 16 – Meinungsverschiedenheiten zwischen Antragsteller und Praktikumsleiter

§1 – Bei fachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Praktikumsleiter und dem Antragsteller kann jeder von ihnen die Streitigkeit schriftlich dem Fachbereich zur Begutachtung vorlegen.

Der Fachbereich kann für die Erstellung des Gutachtens auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Der Fachbereich hört beide Parteien an. Erscheinen eine oder beide Parteien nicht, so erteilt der Fachbereich sein Gutachten auf Grundlage der Elemente, über die er verfügt. Bei begründeter Abwesenheit wird ein neuer Anhörungstermin angesetzt.

Der Fachbereich lädt die Parteien mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.



§2 – Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs über die Meinungsverschiedenheit.

Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Die Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 17 – Mangelnde Eignung zur Ausübung des Berufs

§1 – Ist der Praktikumsleiter während oder am Ende des Praktikums der Ansicht, dass der Antragsteller ungeeignet ist, den betreffenden Beruf auszuüben, so teilt er dies dem Antragsteller und dem Fachbereich schriftlich unter Angabe der Gründe seiner Einschätzung mit.

Der Fachbereich erstellt ein Gutachten über die Beendigung oder Fortsetzung des Praktikums. Er kann zu diesem Zweck auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Der Fachbereich hört beide Parteien an. Erscheinen eine oder beide Parteien nicht, so erteilt der Fachbereich sein Gutachten zu den Elementen, über die er verfügt. Bei begründeter Abwesenheit wird ein neuer Anhörungstermin angesetzt.

Der Fachbereich lädt die Parteien mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der Fachbereich gibt nach Anhörung ein Gutachten darüber ab, ob das Praktikum beendet wird oder ob der verbleibende Teil des Praktikums unter Leitung eines anderen Praktikumsleiters erfolgt. Im letzteren Fall wird angegeben, inwieweit das bereits geleistete Praktikum für die Berechnung der Gesamtdauer des Praktikums für den betreffenden Beruf berücksichtigt wird.

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs über die Beendigung oder die Fortsetzung des Praktikums.

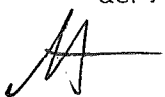
Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb von einem Monat per Einschreiben.

Die Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

§2 – Wenn der Minister entscheidet, den Praktikumsleiter zu wechseln, schlägt der Kandidat einen neuen Praktikumsleiter vor. Der Kandidat legt dem Minister im Einvernehmen mit dem neuen Praktikumsleiter eine Änderung des Ausbildungsplans zur Genehmigung gemäß den in Artikel 14 festgelegten Vorgaben vor.

§3 – Ist der neue Praktikumsleiter im Verlauf des Praktikums ebenfalls der Ansicht, dass der Antragsteller ungeeignet ist, so kann der Fachbereich ein Gutachten darüber abgeben,



das Praktikum zu beenden, und dieses dem Antragsteller per Einschreiben übermitteln.

Innerhalb einer Frist von einem Monat ab Versand des Einschreibens kann der Antragsteller beim Fachbereich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zum Gutachten einreichen.

Reicht der Antragsteller keine Stellungnahme ein, entscheidet der Minister auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs.

Reicht der Antragsteller eine Stellungnahme ein, erstellt der Fachbereich innerhalb eines Monats nach Eingang der Stellungnahme ein zweites Gutachten. Der Fachbereich kann für die Erstellung des zweiten Gutachtens auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Der Fachbereich hört den Antragsteller an. Erscheint dieser nicht, so erteilt der Fachbereich sein Gutachten zu den Elementen, über die er verfügt. Bei begründeter Abwesenheit wird ein neuer Anhörungstermin angesetzt.

Der Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

Der Fachbereich lädt den Antragsteller mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs über die Beendigung des Praktikums.

Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb von einem Monat per Einschreiben.

Die Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 18 – Zulassung auf Antrag

Der Antragsteller reicht einen Antrag auf Zulassung als Hausarzt oder Facharzt gemäß den in Artikel 6 festgelegten Modalitäten ein.

Unbeschadet des Absatzes 1 sind dem Antrag außer den in Artikel 6 Absatz 3 erwähnten Dokumenten folgende Dokumente beizufügen:

1. die Bescheinigungen des Praktikumsleiters;
2. der letzte Praktikumsbericht oder jedes andere Dokument, das Aufschluss über die Fähigkeiten des Antragstellers gibt;
3. eine Bescheinigung über die Eintragung bei der Ärztekammer.

Art. 19 – Zulassungsverfahren

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 7-9 festgelegten Modalitäten.



Unterabschnitt 2 – Zulassung zur Führung einer besonderen Berufsbezeichnung für Zahnärzte

Art. 20 – Antrag auf Genehmigung des Praktikumsplans

Innerhalb der ersten zwei Monate seiner Ausbildung reicht der in Belgien zur Ausübung der Zahnheilkunde berechnigte Antragsteller einen Antrag auf Genehmigung seines Praktikumsplans beim Fachbereich ein.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das die in Artikel 10 Absatz 2 erwähnten Elemente abfragt und dem die in Artikel 10 Absatz 3 Nummern 1 und 2 erwähnten Unterlagen sowie ein Nachweis darüber, dass der Antragsteller zur Ausübung der Zahnheilkunde in Belgien berechnigt ist, beizufügen sind.

Art. 21 – Verfahren auf Genehmigung des Praktikumsplans

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 11-13 festgelegten Modalitäten.

Art. 22 – Abänderung des Praktikumsplans

Der Antragsteller unterbreitet dem Fachbereich jede Änderung des Praktikumsplans zur Genehmigung durch den Minister. Die Änderung des Praktikumsplans unterliegt den in den Artikeln 11-13 festgelegten Modalitäten.

Art. 23 – Unterbrechung des Praktikums

Der Antragsteller leistet das Praktikum ohne Unterbrechung.

Abweichungen von dem in Absatz 1 erwähnten Grundsatz unterliegen den in Artikel 15 festgelegten Modalitäten.

Art. 24 – Meinungsverschiedenheiten zwischen Antragsteller und Praktikumsleiter

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Praktikumsleiter und dem Antragsteller werden gemäß den in Artikel 16 festgelegten Modalitäten behandelt.

Art. 25 – Mangelnde Eignung zur Ausübung des Berufs

Streitfälle über die mangelnde Eignung des Antragstellers zur Ausübung des Berufs werden gemäß den in Artikel 17 festgelegten Modalitäten behandelt.

Art. 26 – Zulassung auf Antrag

Der in Belgien zur Ausübung der Zahnheilkunde berechnigte Antragsteller reicht den Antrag auf Zulassung zur Führung einer besonderen Berufsbezeichnung gemäß den in Artikel 6 festgelegten Modalitäten ein.

Unbeschadet des Absatzes 1 sind dem Antrag außer den in Artikel 6 Absatz 3 erwähnten Dokumenten folgende Dokumente beizufügen:

1. die Bescheinigungen des Praktikumsleiters;
2. der letzte Praktikumsbericht oder jedes andere Dokument, das Aufschluss über die



Fähigkeiten des Antragstellers gibt.

Art. 27 – Zulassungsverfahren

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 7-9 festgelegten Modalitäten.

Unterabschnitt 3 – Zulassung zur Führung der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers

Art. 28 – Antrag auf vorläufige Zulassung

Innerhalb von sechs Monaten nach Beginn seiner Ausbildung reicht der Antragsteller einen Antrag auf vorläufige Zulassung zur Führung der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers beim Fachbereich ein.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das die in Artikel 10 Absatz 2 erwähnten Elemente abfragt.

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. der Praktikumsplan für die ersten drei Jahre der im Ministeriellen Erlass vom 22. Oktober 2012 zur Festlegung der Zulassungsbedingungen der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers erwähnten praktischen Ausbildung;
2. der zwischen dem Antragsteller, dem Praktikumsleiter und dem Praktikumsdienst abgeschlossenen Praktikumsvertrag;
3. eine Bescheinigung über die Eintragung bei der Apothekerkammer.

Art. 29 – Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Der Fachbereich erteilt dem Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt der Fachbereich die Antragsakte und setzt den Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 30 – Erstellung eines Gutachtens

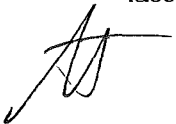
Der Fachbereich erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten über die Genehmigung des Praktikumsplans.

Die Erstellung des Gutachtens erfolgt gemäß den in Artikel 12 festgelegten Modalitäten.

Art. 31 – Entscheidung des Ministers

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens über die Genehmigung des Praktikumsplans.

Bei einer günstigen Entscheidung erhält der Antragsteller zeitgleich die vorläufige Zulassung.



Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 32 – Gültigkeitsdauer der vorläufigen Zulassung

Die vorläufige Zulassung ist während drei Jahren gültig. Sie kann vom Minister nach Begutachtung des Fachbereichs einmal um höchstens drei Jahre verlängert werden.

Die in Absatz 1 erwähnte Gültigkeitsdauer beginnt an dem Tag zu laufen, an dem der Antragsteller das Praktikum tatsächlich begonnen hat, wenn der Praktikumsplan innerhalb der ersten sechs Monate nach Beginn der akademischen Ausbildung eingereicht wurde. Wurde der Praktikumsplan nach diesem Zeitpunkt eingereicht, beginnt die Gültigkeitsdauer der vorläufigen Zulassung an dem Tag zu laufen, an dem der in Artikel 28 erwähnte Antrag eingereicht wurde.

Art. 33 – Unterbrechung des Praktikums

Der Antragsteller leistet das Praktikum ohne Unterbrechung.

Abweichungen von dem in Absatz 1 erwähnten Grundsatz unterliegen den in Artikel 15 festgelegten Modalitäten.

Art. 34 – Meinungsverschiedenheiten zwischen Antragsteller und Praktikumsleiter

Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Praktikumsleiter und dem Antragsteller werden gemäß den in Artikel 16 festgelegten Modalitäten behandelt.

Art. 35 – Mangelnde Eignung zur Ausübung des Berufs

Streitfälle über die mangelnde Eignung des Antragstellers zur Ausübung des Berufs werden gemäß den in Artikel 17 festgelegten Modalitäten behandelt.

Unbeschadet der Anwendung des Absatzes 1 hat eine negative Entscheidung des Ministers zur Folge, dass die vorläufige Zulassung erlischt.

Art. 36 – Antrag auf vollwertige Zulassung

Der Antragsteller reicht einen Antrag auf vollwertige Zulassung zur Führung der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers nach Beendigung seines Praktikums gemäß den in Artikel 6 festgelegten Modalitäten ein.

Unbeschadet des Absatzes 1 sind dem Antrag außer den in Artikel 6 Absatz 3 erwähnten Dokumenten folgende Dokumente beizufügen:

1. die Praktikumsberichte;
2. die Bewertungen des Praktikumsleiters;
3. die Praktikumsbücher.

Art. 37 – Zulassungsverfahren



Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 7-9 festgelegten Modalitäten.

Art. 38 – Gültigkeitsdauer der vollwertigen Zulassung

Die vollwertige Zulassung ist während fünf Jahren gültig. Die Gültigkeitsdauer kann gemäß Artikel 39 erneuert werden.

Die Entscheidung des Ministers, die der Antragsteller im Rahmen des in Artikel 37 festgelegten Verfahrens erhält, vermerkt das Datum, an dem die Gültigkeitsdauer zu laufen beginnt.

Art. 39 – Antrag auf Verlängerung der vollwertigen Zulassung

Der Antragsteller reicht einen Antrag auf Verlängerung der vollwertigen Zulassung spätestens sechs Monate vor Ablauf der Gültigkeitsdauer der ursprünglichen vollwertigen Zulassung, oder in besonders begründeten Fällen nach diesem Zeitpunkt, beim Fachbereich ein.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung. Dem Antrag sind außer den in Artikel 6 Absatz 3 erwähnten Dokumenten alle sachdienlichen Elemente beizufügen, die nachweisen, dass der Antragsteller die in den Artikeln 14-16 des Ministeriellen Erlasses vom 22. Oktober 2012 zur Festlegung der Zulassungsbedingungen der besonderen Berufsbezeichnung des Krankenhausapothekers festgelegten Bedingungen zur Verlängerung der Zulassung erfüllt. Reicht der Antragsteller den Antrag nach der in Absatz 1 erwähnten sechsmonatigen Frist beim Fachbereich ein, ist dem Antrag ein besonderes Begründungsschreiben beizufügen.

Art. 40 – Verfahren zur Verlängerung der vollwertigen Zulassung

Das Verfahren zur Zulassung erfolgt gemäß den in den Artikeln 7-9 festgelegten Modalitäten.

Abschnitt 3 – Registrierung

Art. 41 – Registrierung auf Antrag

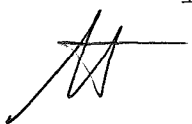
Der Antragsteller reicht einen Antrag gemäß Absatz 2 beim Fachbereich ein, um gemäß Artikel 56 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 eine Registrierung zu erhalten.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer (BIS-Nummer, falls Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt);
2. Angaben über den Befähigungsnachweis oder die berufsrelevanten Ausbildungstitel;
3. Angaben über die Ausbildungseinrichtung, die den oder die in Nummer 2 erwähnten Befähigungsnachweis oder Ausbildungstitel ausgestellt hat;
4. Angaben über relevante Berufserfahrung.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. Kopie der Vorder- und Rückseite des Personalausweises;



2. Original des Auszugs aus dem Strafregister, das nicht älter als 3 Monate ist;
3. Kopie des in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Befähigungsnachweises und/oder Abschluss der Ausbildung.

Art. 42 – Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Der Fachbereich erteilt dem Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt der Fachbereich die Antragsakte und setzt den Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 43 – Erstellung eines Gutachtens

Der Fachbereich erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten darüber, ob der Antragsteller die der Registrierung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt.

Art. 44 – Entscheidung des Ministers

Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs über die Registrierung.

Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 4 – Entzug der Zulassung oder der Registrierung

Art. 45 – Entzugsverfahren

§1 – Der Minister entzieht die Zulassung oder die Registrierung, wenn die Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs nicht mehr die ihrer Zulassung oder Registrierung zugrundeliegenden Bedingungen erfüllt.

Vor dem Entzug holt der Minister ein Gutachten des Fachbereichs ein. Der Fachbereich kann für die Erstellung des Gutachtens auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Nach Abgabe des Gutachtens teilt der Minister der betroffenen Fachkraft per Einschreiben seine Absicht mit und übermittelt ihr gleichzeitig das Gutachten des Fachbereichs. Die Fachkraft kann beim Minister innerhalb eines Monats nach dem Versand der Absichtserklärung eine mit Gründen versehene Stellungnahme einreichen.



Reicht die Fachkraft keine Stellungnahme ein, entscheidet der Minister auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs.

Reicht die Fachkraft eine Stellungnahme ein, erstellt der Fachbereich innerhalb eines Monats nach Eingang der Stellungnahme ein zweites Gutachten. In diesem Fall kann der Fachbereich auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen. Der Fachbereich kann darüber hinaus entscheiden, weitere Unterlagen anzufordern bzw. den Antragsteller anzuhören.

Außer in Dringlichkeitsfällen lädt der Fachbereich den Antragsteller mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

Erscheint der Antragsteller nicht zur Anhörung, gibt der Fachbereich ein Gutachten auf Grundlage der Elemente ab, über die er verfügt.

§2 – Der Minister entscheidet auf Grundlage der Gutachten des Fachbereichs und der Stellungnahme der Fachkraft.

Der Fachbereich übermittelt dem Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Die Entscheidung, die Zulassung oder die Registrierung zu entziehen, vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Art. 46 – Freiwillige Beendigung der Zulassung oder der Registrierung

Jede Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs kann ihrer Zulassung oder Registrierung freiwillig ein Ende setzen. Zu diesem Zweck informiert sie den Fachbereich über ihre Absicht.

Auf Vorschlag des Fachbereichs entzieht der Minister die Zulassung oder Registrierung.

Art. 47 – Erneuter Antrag

Die Fachkraft eines Gesundheitspflegeberufs deren Zulassung oder Registrierung gemäß den Artikeln 45 oder 46 entzogen wurde, kann jederzeit einen erneuten Antrag auf Zulassung oder Registrierung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels beim Fachbereich einreichen.

KAPITEL 3 – ANERKENNUNGSVERFAHREN

Abschnitt 1 – Automatische Anerkennung

Art. 48 – Antrag



Der europäische Antragsteller kann beim Fachbereich einen Antrag auf automatische Anerkennung seiner Berufsqualifikation gemäß Artikel 106 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 schriftlich einreichen.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das folgende Elemente abfragt:

1. Bezeichnung des belgischen Gesundheitspflegeberufs, für den die Anerkennung beantragt wird;
2. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer (BIS-Nummer, falls der europäische Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt);
3. Angaben über die Berufsqualifikation, für die der europäische Antragsteller einen Antrag stellt.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. tabellarischer Lebenslauf;
2. Kopie der Vorder- und Rückseite des Personalausweises;
3. Original des Auszugs aus dem Strafregister, das nicht älter als 3 Monate ist, oder in Ermangelung, ein gleichwertiges Dokument, das durch eine Behörde des Herkunftsmitgliedstaates des europäischen Antragstellers ausgestellt wurde und nicht älter als 3 Monate ist;
4. Kopie des in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Ausbildungsnachweises;
5. Original der durch den Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Bescheinigung, aus der hervorgeht, dass der Ausbildungsnachweis des europäischen Antragstellers mit dem betreffenden Titel der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen übereinstimmt;
6. ggf. Kopie der durch den Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Berufszulassung;
7. ggf. eine Bescheinigung der zuständigen Ärztekammer des Herkunftsmitgliedstaates, die dem europäischen Antragsteller ein unbedenkliches berufliches Verhalten bescheinigt und nicht älter als 3 Monate ist;
8. ggf. Kopie der durch den Arbeitgeber erstellten Arbeitszeugnisse.

Der Fachbereich kann beim europäischen Antragsteller weitere Dokumente anfragen, aus denen hervorgeht, dass er alle Bedingungen zur automatischen Anerkennung erfüllt.

§2 – Unbeschadet des Artikels 69 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft reicht der europäische Antragsteller den Antrag sowie die dem Antrag beizufügenden Dokumente in deutscher Sprache ein. Liegen die Dokumente nicht in deutscher Sprache vor, reicht der europäische Antragsteller eine durch einen vereidigten Übersetzer angefertigte Übersetzung der Dokumente in deutscher Sprache ein.

Der Fachbereich kann mit dem Einverständnis des europäischen Antragstellers und in Absprache mit den zuständigen Behörden der anderen Gemeinschaften einen Antrag, der in niederländischer oder französischer Sprache eingereicht wurde, an die Behörden der zuständigen Gemeinschaft weiterleiten. Der Fachbereich setzt den europäischen Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 49 – Bearbeitung des Antrags

§1 – Der Fachbereich erteilt dem europäischen Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.



Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterlagen vor, schließt der Fachbereich die Antragsakte und setzt den europäischen Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

§2 – Der Fachbereich erstellt innerhalb von zwei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten darüber, ob die durch den europäischen Antragsteller eingereichten Dokumente authentisch sind und ob sein Ausbildungsnachweis den Mindestanforderungen an die Ausbildung gemäß Artikel 106 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 entspricht.

§3 – Der Minister entscheidet auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs über die automatische Anerkennung.

Der Fachbereich übermittelt dem europäischen Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 2 – Allgemeine Regelung für die Anerkennung

Art. 50 – Antrag

§1 – Der europäische Antragsteller kann beim Fachbereich einen Antrag auf Anerkennung seiner Berufsqualifikation gemäß der allgemeinen Regelung im Sinne von Artikel 105 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 schriftlich einreichen.

Der Minister stellt ein entsprechendes Antragsformular zur Verfügung, das die in Artikel 48 Absatz 2 erwähnten Elemente abfragt.

Dem in Absatz 2 erwähnten Antrag sind folgende Dokumente beizufügen:

1. die in Artikel 48 Absatz 3 Nummern 1-4 und 6-8 erwähnten Dokumente;
2. das offizielle Ausbildungsprogramm, das zum Erhalt der Berufsqualifikation geführt hat.

Der Fachbereich kann beim europäischen Antragsteller weitere Dokumente anfragen, aus denen hervorgeht, dass er alle Bedingungen zur Anerkennung gemäß der allgemeinen Regelung erfüllt.

§2 – Artikel 48 §2 ist auf die weiteren Modalitäten zur Einreichung des Antrags anwendbar.

Art. 51 – Empfangsbestätigung und Vollständigkeit des Antrags

Der Fachbereich erteilt dem europäischen Antragsteller innerhalb eines Monats ab Einreichung des Antrags eine schriftliche Empfangsbestätigung und teilt ihm mit, ob der Antrag vollständig ist bzw. welche Informationen und Unterlagen fehlen.

Liegen nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten nach der in Absatz 1 erwähnten Empfangsbestätigung nicht alle für die Bearbeitung nötigen Informationen und Unterla-



gen vor, schließt der Fachbereich die Antragsakte und setzt den europäischen Antragsteller über diesen Umstand in Kenntnis.

Art. 52 – Erstellung eines Gutachtens

§1 – Der Fachbereich erstellt innerhalb von drei Monaten ab Vollständigkeit des Antrags ein Gutachten darüber, ob der europäische Antragsteller in den Anwendungsbereich der Bestimmungen über die allgemeine Regelung zur Anerkennung von Berufsqualifikationen fällt und ob er über die nötige Berufsqualifikation und -erfahrung verfügt. Der Fachbereich gibt in seinem Gutachten darüber hinaus ggf. eine Empfehlung über die aufzuerlegenden Ausgleichsmaßnahmen ab, falls die Berufsqualifikation und -erfahrung des europäischen Antragstellers unzureichend gemäß Artikel 16 des Gesetzes vom 12. Februar 2008 sind.

§2 – Der Fachbereich kann für die Erstellung des Gutachtens auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Greift der Fachbereich auf eine Stellungnahme eines externen Sachverständigen zurück und ist dieser der Ansicht, dass der europäische Antragsteller nicht in den Anwendungsbereich der Bestimmungen über die allgemeine Regelung zur Anerkennung von Berufsqualifikationen fällt und/oder nicht über die nötige Berufsqualifikation und -erfahrung verfügt, kann der Fachbereich entscheiden, weitere Unterlagen anzufordern bzw. den europäischen Antragsteller anzuhören. Die Entscheidung, den europäischen Antragsteller anzuhören bzw. weitere Unterlagen anzufordern, hat aussetzende Wirkung auf die in §1 erwähnte Frist bis zum Datum der Anhörung bzw. bis zu dem Datum, an dem die angeforderten Dokumente beim Fachbereich eingereicht wurden.

Außer in Dringlichkeitsfällen lädt der Fachbereich den europäischen Antragsteller mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der europäische Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

Erscheint der europäische Antragsteller nicht zur Anhörung, erstellt der Fachbereich ein Gutachten auf Grundlage der Elemente, über die er verfügt.

Art. 53 – Entscheidung des Ministers

§1 – Erteilt der Fachbereich ein günstiges Gutachten, trifft der Minister eine Entscheidung auf dessen Grundlage innerhalb einer Frist von einem Monat ab dessen Abgabe.

Der Fachbereich übermittelt dem europäischen Antragsteller die Entscheidung des Ministers wie folgt:

1. eine günstige Entscheidung durch gewöhnliches Schreiben;
2. eine ungünstige Entscheidung per Einschreiben.

§2 – Erteilt der Fachbereich ein ungünstiges Gutachten oder ein Gutachten, in dem er die Auferlegung von Ausgleichsmaßnahmen empfiehlt, übermittelt er dieses dem europäischen Antragsteller per Einschreiben.



Innerhalb einer Frist von einem Monat ab Versand des Einschreibens kann der europäische Antragsteller beim Fachbereich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zum Gutachten einreichen.

Reicht der europäische Antragsteller keine Stellungnahme ein, entscheidet der Minister auf Grundlage des Gutachtens des Fachbereichs.

§3 – Reicht der europäische Antragsteller eine Stellungnahme ein, erstellt der Fachbereich innerhalb eines Monats nach Eingang der Stellungnahme ein zweites Gutachten. Wenn aus der Stellungnahme des europäischen Antragstellers neue Elemente hervorgehen, kann der Fachbereich für die Erstellung des zweiten Gutachtens auf die Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Im Absatz 1 erwähnten Fall wird Artikel 52 §2 Absätze 2-5 angewendet.

Der Minister entscheidet auf Grundlage der Gutachten des Fachbereichs und der Stellungnahme des europäischen Antragstellers.

Der Fachbereich übermittelt dem europäischen Antragsteller die Entscheidung des Ministers innerhalb eines Monats per Einschreiben.

Eine ablehnende Entscheidung oder eine Entscheidung, die eine Ausgleichsmaßnahme auferlegt, vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

KAPITEL 4 – VERFAHREN ZUR AUSSTELLUNG DES EUROPÄISCHEN BERUFS AUSWEISES

Abschnitt 1 – Beantragungs- und Ausstellungsverfahren für Berufe, die der automatischen Anerkennung unterliegen

Unterabschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmung

Art. 54 – Anwendungsbereich

Vorliegender Abschnitt ist anwendbar auf Ausstellungsanträge eines Europäischen Berufsausweises für die Zwecke der Niederlassung für folgende Berufe, die der automatischen Anerkennung gemäß Artikel 106 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 unterliegen und für die die Europäische Kommission gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen mittels der EU-Verordnung einen Europäischen Berufsausweis eingeführt hat:

1. für die allgemeine Pflege verantwortliche Krankenpfleger;
2. Apotheker.

Unterabschnitt 2 – Europäischer Berufsausweis für die Ausübung einer Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat

Art. 55 – Beantragung des Europäischen Berufsausweises für die Ausübung einer Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat



Zwecks Beantragung des Europäischen Berufsausweises für die Ausübung einer Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat kann der Inhaber einer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft dazu erforderlichen Berufsqualifikation, der diesen Beruf in einem anderen Mitgliedstaat ausüben will:

1. die Anerkennung dieser Berufsqualifikation im Aufnahmemitgliedstaat beantragen oder;

2. je nach Fall die Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises beim Fachbereich beantragen oder bei letzterem beantragen, beim Aufnahmemitgliedstaat einen Antrag auf Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises einzureichen, indem er alle vorbereitenden Schritte hinsichtlich seiner IMI-Datei abschließt.

Art. 56 – Einreichen des Antrags eines Europäischen Berufsausweises

§1 – Der Inhaber einer Berufsqualifikation gemäß Artikel 55, der eine Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat ausüben will, kann einen Europäischen Berufsausweis gemäß Artikel 3 der EU-Verordnung über ein durch die Europäische Kommission zur Verfügung gestelltes Online-Instrument beantragen, durch das eine eigene IMI-Datei für diesen Antragsteller erstellt wird.

Anlässlich der Einreichung des Antrags fragt der Fachbereich folgende Elemente ab:

1. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer bzw. BIS-Nummer, falls der Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt;

2. Bezeichnung des belgischen Gesundheitspflegeberufs, für den die Anerkennung beantragt wird;

3. Angabe des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller sich niederlassen will;

4. ggf. Angabe des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller zum Zeitpunkt der Antragstellung zum Zweck der Ausübung der betreffenden Tätigkeiten rechtmäßig niedergelassen ist.

Der Antragsteller fügt seinem Antrag die in Anhang II Buchstabe A Absatz 1 der EU-Verordnung aufgeführten Dokumente bei.

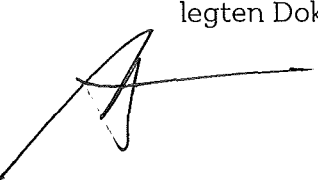
§2 – Binnen einer Woche nach Eingang des Antrags bestätigt der Fachbereich dem Antragsteller den Empfang der Unterlagen und teilt ihm gegebenenfalls mit, welche Unterlagen fehlen.

Gegebenenfalls stellt der Fachbereich alle unterstützenden Bescheinigungen aus, die gemäß der EU-Verordnung erforderlich sind. Der Fachbereich überprüft, ob der Antragsteller im deutschen Sprachgebiet rechtmäßig niedergelassen ist und ob alle für die Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises notwendigen Dokumente gültig und authentisch sind. Im Fall hinreichend begründeter Zweifel konsultiert der Fachbereich die Einrichtung, die das Dokument ausgestellt hat. Außerdem kann er vom Antragsteller beglaubigte Kopien der Dokumente oder ggf. die Vorlage von Originalen verlangen.

Stellt derselbe Antragsteller mehrere Anträge nacheinander, darf der Fachbereich nicht die Wiedereinreichung von Dokumenten verlangen, die bereits in der IMI-Datei enthalten und nach wie vor gültig sind.

Art. 57 – Bearbeitung durch den Fachbereich

§1 – Der Fachbereich prüft die Authentizität und Gültigkeit der in der IMI-Datei hinterlegten Dokumente binnen eines Monats. Diese Frist beginnt:



1. entweder mit dem Eingang der fehlenden Dokumente, die in Artikel 56 §2 Absatz 1 genannt werden,
2. oder, wenn keine weiteren Dokumente verlangt wurden, nach Ablauf des in Artikel 56 §2 Absatz 1 genannten Zeitraums von einer Woche nach Erhalt des Antrags.

Daraufhin übermittelt der Fachbereich den Antrag auf einen Europäischen Berufsausweis unverzüglich der zuständigen Behörde des Aufnahmemitgliedstaats und informiert den Antragsteller zur selben Zeit über den Status seines Antrags.

§2 – Der Fachbereich stellt die durch den Aufnahmemitgliedstaat bei hinreichend begründeten Zweifeln angefragten weiteren Informationen oder die beglaubigte Kopie eines Dokuments spätestens zwei Wochen nach Einreichung des Ersuchens durch diesen Aufnahmemitgliedstaat zur Verfügung.

Unterabschnitt 4 – Europäischer Berufsausweis für die Ausübung einer Berufstätigkeit auf dem deutschen Sprachgebiet

Art. 58 - Überprüfung eines Antrags für den Europäischen Berufsausweis für das Ausüben einer Berufsaktivität auf dem deutschen Sprachgebiet

§1 – Dieser Artikel ist anwendbar, wenn der Fachbereich von einer zuständigen Behörde eines Herkunftsmitgliedstaats eines Inhabers einer Berufsqualifikation eine Anfrage für einen Europäischen Berufsausweis erhält für die Zwecke der Niederlassung auf dem deutschen Sprachgebiet.

§2 – Der Minister entscheidet auf Grundlage eines Gutachtens des Fachbereichs binnen einem Monat nach Eingang des vom Herkunftsmitgliedstaat übermittelten Antrags beim Fachbereich, ob er einen Europäischen Berufsausweis ausstellt. Im Fall einer günstigen Entscheidung, erteilt der Minister zeitgleich die in Artikel 48 §3 vorgesehene automatische Anerkennung.

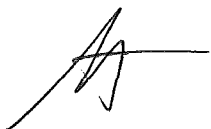
§3 – Der Fachbereich hat die Möglichkeit, die in Paragraph 2 erwähnte Frist um zwei Wochen zu verlängern. Er erläutert die Gründe für eine solche Verlängerung und unterrichtet den europäischen Antragsteller entsprechend. Der Fachbereich kann diese Verlängerung einmal und nur dann wiederholen, wenn dies unbedingt notwendig ist, insbesondere aus Gründen im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit oder der Sicherheit der Dienstleistungsempfänger.

§4 – Bei hinreichend begründeten Zweifeln kann der Fachbereich vom Herkunftsmitgliedstaat weitere Informationen oder die Beifügung einer beglaubigten Kopie eines Dokuments oder ggf. die Vorlage von Originalen durch den Herkunftsmitgliedstaat anfordern.

Der Fachbereich darf nur den Zugang zu Dokumenten beantragen, die in der IMI-Datei enthalten und die noch gültig sind.

Die Anfrage von weiteren Informationen, beglaubigten Kopien eines Dokuments oder ggf. der Vorlage von Originalen verlängert nicht die Frist, in der der Minister gemäß §2 eine Entscheidung treffen muss.

Falls der Fachbereich nicht die notwendigen Informationen von dem Herkunftsmitgliedstaat oder dem europäischen Antragsteller erhält, darf der Minister die Ausstellung des Ausweises verweigern. Eine solche Verweigerung wird ordnungsgemäß begründet.



§5 – Trifft der Minister keine Entscheidung binnen der in Paragraf 2 festgelegten Frist, so gilt der Europäische Berufsausweis als ausgestellt, und er wird automatisch über das IMI-System dem Inhaber einer Berufsqualifikation übermittelt.

Für die Zwecke der Niederlassung begründet die Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises kein automatisches Recht zur Ausübung eines bestimmten Berufs, wenn es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bereits vor Einführung des Europäischen Berufsausweises für diesen Beruf Registrierungsanforderungen oder andere Kontrollverfahren gibt.

Die vom Herkunftsmitgliedstaat bezüglich des Europäischen Berufsausweises gemäß diesem Artikel ergriffenen Maßnahmen ersetzen jeden Antrag auf automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen.

§6 – Trifft der Minister im Rahmen des vorliegenden Artikels eine ablehnende Entscheidung, so übermittelt der Fachbereich diese dem europäischen Antragsteller innerhalb eines Monats per Einschreiben. Diese vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 2 – Beantragungs- und Ausstellungsverfahren für Berufe, die der allgemeinen Regelung für die Anerkennung unterliegen

Art. 59 – Anwendungsbereich

Vorliegender Abschnitt ist anwendbar auf Ausstellungsanträge eines Europäischen Berufsausweises für die Zwecke der Niederlassung für den Beruf des Kinesiotherapeuten, der der allgemeinen Regelung für die Anerkennung gemäß Artikel 105 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 unterliegt und für den die Europäische Kommission gemäß der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen mittels der EU-Verordnung einen Europäischen Berufsausweis eingeführt hat.

Art. 60 – Beantragung des Europäischen Berufsausweises für die Ausübung einer Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat

Die Beantragung des Europäischen Berufsausweises durch einen im deutschen Sprachgebiet niedergelassenen Kinesiotherapeuten für die Ausübung seiner Berufstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat unterliegt der Anwendung der Artikel 5/1, 5/2 und 5/5 des Gesetzes vom 12. Februar 2008. Der Fachbereich handelt für die Anwendung dieser Artikel als zuständige belgische Behörde.

Art. 61 – Einreichen des Antrags eines Europäischen Berufsausweises

Im Rahmen von Artikel 60 und für die Anwendung von Artikel 5/2 §1 Absatz 2 des Gesetzes vom 12. Februar 2008 fragt der Fachbereich folgende Elemente ab:

1. Name, Vorname, Adresse, Land, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Geburtsdatum, Geburtsland und -ort sowie Nationalregisternummer bzw. BIS-Nummer, falls der Antragsteller keine Nationalregisternummer besitzt;
2. Bezeichnung des belgischen Gesundheitspflegeberufs für den die Anerkennung beantragt wird;
3. Angabe des Mitgliedstaats, in dem der Antragsteller sich niederlassen will;



4. ggf. Angabe des Mitgliedstaat, in dem der Antragssteller zum Zeitpunkt der Antragsstellung zum Zweck der Ausübung der betreffenden Tätigkeiten rechtmäßig niedergelassen ist.

Der Antragsteller fügt seinem Antrag die in Anhang II Buchstabe A Absatz 2 der EU-Verordnung aufgeführten Dokumente bei.

Art. 62 - Überprüfung eines Antrags für den Europäischen Berufsausweis für das Ausüben des Berufs des Kinesiotherapeuten auf dem deutschen Sprachgebiet

§1 – Dieser Artikel ist anwendbar, wenn der Fachbereich von einer zuständigen Behörde eines Herkunftsmitgliedstaats eines Inhabers einer Berufsqualifikation eine Anfrage für einen Europäischen Berufsausweis erhält für die Zwecke der Niederlassung als Kinesiotherapeut auf dem deutschen Sprachgebiet.

§2 – Die Überprüfung der in Paragraph 1 erwähnten Anfrage und die ggf. daraus hervorgehende Ausstellung des Europäischen Berufsausweises unterliegen der Anwendung des Artikels 5/6 §3-6 des Gesetzes vom 12. Februar 2008. Der Fachbereich handelt für die Anwendung des vorerwähnten Artikels als zuständige belgische Behörde.

§3 – Für die Anwendung von Artikel 5/6 §3 entscheidet der Minister auf Grundlage eines Gutachtens des Fachbereichs. Der Fachbereich kann für die Erstellung des Gutachtens auf eine Stellungnahme eines oder mehrerer externen Sachverständigen oder beratender Gremien einer anderen Gemeinschaft zurückgreifen.

Greift der Fachbereich auf eine Stellungnahme eines externen Sachverständigen zurück und ist dieser der Ansicht, dass der europäische Antragsteller nicht über die nötige Berufsqualifikation und -erfahrung verfügt, kann der Fachbereich entscheiden, den europäischen Antragsteller anzuhören.

Außer in Dringlichkeitsfällen lädt der Fachbereich den europäischen Antragsteller mindestens 15 Tage vor ihrem Stattfinden zur Anhörung vor.

Der externe Sachverständige kann an der Anhörung teilnehmen.

Der europäische Antragsteller kann sich für die Zwecke der Anhörung durch einen Anwalt beistehen lassen.

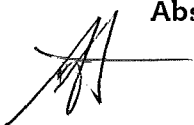
Erscheint der europäische Antragsteller nicht zur Anhörung, erstellt der Fachbereich ein Gutachten auf Grundlage der Elemente, über die er verfügt.

Im Fall einer günstigen Entscheidung, erteilt der Minister zeitgleich die in Artikel 53 §1 Absatz 2 bzw. die in Artikel 53 §3 Absatz 4 vorgesehene Anerkennung.

§4 – Trifft der Minister im Rahmen des vorliegenden Artikels eine ablehnende Entscheidung oder eine Entscheidung, die eine Ausgleichsmaßnahme auferlegt, so übermittelt der Fachbereich diese dem europäischen Antragsteller innerhalb eines Monats per Einschreiben. Sie vermerkt:

1. die Möglichkeit, Beschwerde einzulegen;
2. die zuständigen Instanzen, die davon Kenntnis nehmen;
3. die zu respektierenden Fristen und Formvorschriften.

Abschnitt 3 – Gemeinsame Bestimmung



Art. 63 – Datenverarbeitung und Zugang zu Daten bezüglich des Europäischen Berufsausweises

Die Abschnitte 1 und 2 unterliegen der Anwendung des Artikels 5/8 des Gesetzes vom 12. Februar 2008.

KAPITEL 5 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 64 – Abänderungsbestimmung

Im Königlichen Erlass vom 21. April 1983 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung von Fachärzten und Hausärzten werden aufgehoben:

1. der Artikel 4 Nummern 2 und 3;
2. der Artikel 4bis;
3. der Artikel 7;
4. der Artikel 8 Nummern 1, 2 und 3;
5. die Artikel 9-9bis;
6. das Kapitel 3, das die Artikel 10 bis 33 umfasst;
7. die Artikel 44-45.

Art. 65 – Abänderungsbestimmung

Im Königlichen Erlass vom 10. November 1996 zur Festlegung der Modalitäten für die Zulassung der Fachkräfte der Zahnheilkunde, die Inhaber einer besonderen Berufsbezeichnung sind, werden aufgehoben:

1. der Artikel 3 Nummer 2;
2. der Artikel 6;
3. der Artikel 7 Nummern 1-3;
4. das Kapitel III, das die Artikel 9-32 umfasst.

Art. 66 – Abänderungsbestimmung

Im Königlichen Erlass vom 22. Oktober 2012 zur Festlegung des Zulassungsverfahrens für die besondere Berufsbezeichnung eines Krankenhausapothekers werden aufgehoben:

1. der Artikel 2 Nummer 1;
2. das Kapitel 2, das die Artikel 4-21 umfasst;
3. der Artikel 34 Nummern 1 und 2;
4. die Artikel 37 und 38;
5. die Artikel 46-49.

Art. 67 – Abänderungsbestimmung

Artikel 9 des Königlichen Erlasses vom 1. Februar 1991 über die Ausübung des Hebammenberufs wird wie folgt abgeändert:

1. die Paragraphen 2 und 3 werden wie folgt ersetzt:

„§2 – Wenn der Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft feststellt, dass ein Weiterbildungspflichtiger die in §1 festgelegte Bedingung nicht erfüllt, ermahnt der Fachbereich den Weiterbildungspflichtigen.

§3 – Wenn der Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft feststellt, dass der Weiterbildungspflichtige nach Ablauf einer Frist von einem Jahr nach der Mahnung noch nicht mit einer Weiterbildung begonnen oder diese noch nicht vervoll-



ständig hat, kann ihm Zulassung als Inhaber seiner Berufsbezeichnung gemäß dem in Artikel 45 Erlasses der Regierung vom *** zur Festlegung des Verfahrens zur Zulassung, Registrierung und Anerkennung der Fachkräfte der Gesundheitspflegeberufe und zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises festgelegten Verfahren entzogen werden.“

2. Paragraph 4 wird aufgehoben.

Art. 68 – Aufhebungsbestimmung

Werden aufgehoben:

1. der Königliche Erlass vom 15. April 2002 über die Zulassung als Heilgymnast und die Zulassung besonderer Berufsbezeichnungen und besonderer Qualifikationen;
2. der Königliche Erlass vom 18. November 2004 über die Zulassung der Fachkräfte der Heilhilfsberufe, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 16. Februar 2009;
3. der Königliche Erlass vom 14. April 2013 zur Festlegung des Verfahrens anwendbar auf die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen von Gesundheitsberufen, welche angeeignet wurden in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union als Belgien;
4. der Königliche Erlass vom 18. April 2013 über die Zusammensetzung, die Organisation und die Arbeitsweise der Zulassungskommission für die Krankenpflegefachkräfte, zur Festlegung des Zulassungsverfahrens, nach dem Krankenpfleger ermächtigt werden, eine besondere Berufsbezeichnung zu führen oder sich auf eine besondere berufliche Qualifikation zu berufen, und zur Festlegung des Verfahrens zur Registrierung als Pflegehelfer, abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 21. Februar 2014;
5. der Erlass der Regierung vom 24. März 2016 zur übergangsweisen Regelung des Anerkennungsverfahrens für Gesundheits- und Pflegeberufe.

Art. 69 – Übergangsbestimmung

Alle Anträge auf Zulassung, Registrierung und Anerkennung der Fachkräfte der Gesundheitspflegeberufe und Anträge auf Ausstellung des Europäischen Berufsausweises, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses beim Fachbereich eingereicht wurden, werden ab Inkrafttreten gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses bearbeitet.

Art. 70 – Übergangsbestimmung

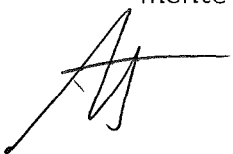
§1 – Der Minister erteilt den in Artikel 153 §1 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 erwähnten Personen von Rechts wegen eine Zulassung, sobald das Landesinstitut für Kranken- und Invalidenversicherung dem Fachbereich die dafür nötigen Informationen übermittelt hat.

§2 – Personen, die eine Zulassung aufgrund von Artikel 153 §2 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 beantragen, reichen einen Antrag gemäß Artikel 6 beim Fachbereich ein. Außer den in Artikel 6 Absatz 3 erwähnten Elementen sind dem Antrag Dokumente beizufügen, aus denen hervorgeht, dass der Antragsteller die in Artikel 153 §2 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 festgelegten Bedingungen erfüllt.

Die Artikel 7-9 sind anwendbar auf die Modalitäten zur Bearbeitung des Antrags und der Beschlussfassung.

§3 – Personen, die eine Zulassung aufgrund von Artikel 153 §3 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 beantragen, reichen einen Antrag gemäß Artikel 6 beim Fachbereich ein.

Außer den in Artikel 6 Absatz 2 erwähnten Elementen fragt der Antrag folgende Elemente ab:



1. Angabe der Tätigkeiten, für die der Antragsteller den Vorteil der erworbenen Rechte beantragt;
2. Angabe der Zeiträume und Orte, an denen er diese Tätigkeiten erbracht hat.

Außer den in Artikel 6 Absatz 3 erwähnten Dokumenten ist dem Antrag eine Bescheinigung eines Arztes oder eines Apothekers beizufügen, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller die in Absatz 2 Nummer 1 erwähnten Tätigkeiten dauerhaft und in ausreichender Zahl erbracht hat.

Die in Absatz 3 erwähnte Bescheinigung kann nur von Ärzten oder Apothekern ausgestellt werden, die befugt sind, für den jeweiligen Heilhilfsberuf Handlungen und Leistungen zu verschreiben.

Die Artikel 7-9 sind anwendbar auf die Modalitäten zur Bearbeitung des Antrags und der Beschlussfassung.

Art. 71 – Übergangsbestimmung

Personen, die eine Zulassung aufgrund von Artikel 154 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 beantragen, reichen einen Antrag gemäß Artikel 6 beim Fachbereich ein. Außer den in Artikel 6 Absatz 3 erwähnten Elementen sind dem Antrag Dokumente beizufügen, aus denen hervorgeht, dass der Antragsteller die in Artikel 154 des Gesetzes vom 10. Mai 2015 festgelegten Bedingungen erfüllt.

Die Artikel 7-9 sind anwendbar auf die Modalitäten zur Bearbeitung des Antrags und der Beschlussfassung.

Art. 72 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Art. 73 – Durchführungsbestimmung

Der für Gesundheit zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS



65203/3.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

17-01-2019

RAAD VAN STATE
WETGEVING

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot vaststelling van de procedure voor de registratie en erkenning van de beoefenaars van de gezondheidszorgberoepen en tot afgifte van een Europese beroepskaart

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen, artikel 43, § 2, artikel 56, artikel 61, artikel 63, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 27 juni 2016, artikel 64, artikel 72, § 2, eerste lid, artikel 88, artikel 102, artikel 153, §§ 1 tot 2 en § 3, vierde lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 21 april 1983 tot vaststelling van de nadere regelen voor erkenning van artsen-specialisten en van huisartsen;

Gelet op het koninklijk besluit van 1 februari 1991 betreffende de uitoefening van het beroep van vroedvrouw;

Gelet op het koninklijk besluit van 10 november 1996 tot vaststelling van de erkenningsmodaliteiten van de beoefenaars van de tandheelkunde, houders van een bijzondere beroepstitel;

Gelet op het koninklijk besluit van 15 april 2002 betreffende de erkenning als kinesitherapeut en de erkenning van bijzondere beroepstitels en bijzondere bekwaamheden;

Gelet op het koninklijk besluit van 18 november 2004 betreffende de erkenning van de beoefenaars van de paramedische beroepen;

Gelet op het koninklijk besluit van 22 oktober 2012 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker;

Gelet op het koninklijk besluit van 14 april 2013 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning van de beroepskwalificaties betreffende de gezondheidsberoepen verworven in een andere lidstaat van de Europese Unie dan België;

Gelet op het koninklijk besluit van 18 april 2013 betreffende de samenstelling, de organisatie en de werking van de Erkenningscommissie voor de beoefenaars van de verpleegkunde, en tot vaststelling van de erkenningsprocedure waarbij de verpleegkundigen ertoe gemachtigd worden een bijzondere beroepstitel te dragen of zich op een bijzondere beroepsbekwaamheid te beroepen, en de registratieprocedure als zorgkundige;

Gelet op het besluit van de Regering van 24 maart 2016 tot instelling van een overgangsregeling voor de procedure tot erkenning van gezondheids- en zorgberoepen;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op ...;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. ...;

Gelet op het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op ...;

Gelet op advies ... van de Raad van State, gegeven op ..., met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende de wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties;

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – GEMEENSCHAPPELIJKE BEPALINGEN

Artikel 1 – Europese clause

Dit besluit voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties, laatstelijk gewijzigd bij richtlijn 2013/55/EU van het Europees Parlement en de Raad van 20 november 2013 en verordening (EU) nr. 1024/2012 betreffende de administratieve samenwerking via het Informatiesysteem interne markt ("de IMI-verordening").

Art. 2 – Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° aanvrager: de houder die in België een diploma heeft behaald dat toegang verleent tot de uitoefening van een gezondheidszorgberoep vermeld in de wet van 10 mei 2015 of dat machtiging verleent tot het voeren van een daarin vermelde beroepstitel, bijzondere beroepstitel of bijzondere beroepskwalificatie en die daartoe een aanvraag tot erkenning of, naargelang van het geval, een aanvraag tot registratie indient;

2° Europese aanvrager: de houder van een beroepskwalificatie die deze beroepskwalificatie in een andere Europese lidstaat dan België behaald heeft en voor die beroepskwalificatie een aanvraag tot erkenning indient;

3° Europese beroepskaart: de beroepskaart vermeld in artikel 2, § 1, o), van de wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties;

4° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor gezondheid;

5° wet van 12 februari 2008: de wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties;

6° wet van 10 mei 2015: de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen;

7° IMI: het Informatiesysteem van de interne markt geregeld bij de Verordening (EU) nr. 1024/2012 van het Europees Parlement en de Raad van 25 oktober 2012 betreffende de administratieve samenwerking via het Informatiesysteem interne markt en vermeld in artikel 2, § 1, s), van de voormelde wet van 12 februari 2008;

8° Minister: de minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor Gezondheid;

9° EU-verordening: de uitvoeringsverordening (EU) 2015/983 van de Commissie van 24 juni 2015 betreffende de procedure voor de afgifte van de Europese beroepskaart en de toepassing van het waarschuwingsmechanisme overeenkomstig Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad.

Art. 3 – Wrakingsregeling

Externe deskundigen die in het kader van dit besluit belast worden met een stellingname, oefenen hun opdracht niet uit als er een wrakingsgrond voorligt. Dat is inzonderheid het geval wanneer ze beroepshalve of persoonlijk een onmiddellijk voordeel of nadeel kunnen hebben bij een stellingname over een registratieaanvraag of erkenningsaanvraag.

Onmiddellijk nadat de externe deskundigen met een opdracht zijn belast, delen ze eventuele wrakingsgronden mee aan het departement.

Art. 4 – Vergoeding voor externe deskundigen

Externe deskundigen die in het kader van dit besluit belast worden met een stellingname, ontvangen een honorarium van 175 euro per stellingname. Als verscheidene deskundigen in het kader van een gemeenschappelijke werkvergadering meer dan één stellingname formuleren, ontvangt elke deskundige in totaal 175 euro, los van het aantal stellingnames dat op die dag werd afgegeven.

Voor hoorzittingen en gemeenschappelijke werkvergaderingen krijgen ze bovendien een reisvergoeding overeenkomstig artikel 2 van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 5 – Procedure voor de registratie en erkenning

Aanvragers die houder zijn van een in België behaald diploma dat toegang verleent tot de uitoefening van een gezondheidszorgberoep vermeld in de wet van 10 mei 2015 of dat machtiging verleent tot het voeren van een daarin vermelde beroepstitel, bijzondere beroepstitel of bijzondere beroepskwalificatie, kunnen een aanvraag tot erkenning of, naargelang van het geval, een aanvraag tot registratie indienen overeenkomstig hoofdstuk 2.

Europese aanvragers die houder zijn van een beroepskwalificatie die ze in een andere Europese lidstaat dan België hebben gekregen, kunnen een aanvraag tot erkenning overeenkomstig hoofdstuk 3 of een aanvraag tot afgifte van een Europese beroepskaart overeenkomstig hoofdstuk 4 doen.

HOOFDSTUK 2 – ERKENNINGS- EN REGISTRATIEPROCEDURES

Afdeling 1 – Erkenning

Art. 6 – Erkenning op aanvraag

De aanvrager dient bij het departement een aanvraag overeenkomstig het tweede lid in om overeenkomstig de wet van 10 mei 2015:

1° een toelating tot uitoefening van het in dezelfde wet vermelde gezondheidszorgberoep te krijgen;

2° een erkenning als houder van een in dezelfde wet vermelde beroepstitel, bijzondere beroepstitel of bijzondere beroepskwalificatie te krijgen.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd:

1° benaming van het gezondheidszorgberoep waarvoor de erkenning wordt aangevraagd;

2° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer (BIS-nummer als de aanvrager geen rijksregisternummer bezit);

3° de beroepsrelevante opleidingstitel(s) of voortgezette opleiding(en).

Bij de aanvraag vermeld in het tweede lid worden de volgende documenten gevoegd:

1° levensloop, opgesteld in de vorm van een tabel;

2° kopie van de voorzijde en achterzijde van de identiteitskaart;

3° origineel exemplaar van het uittreksel uit het Strafregister dat niet ouder is dan drie maanden;

4° kopie van de in het tweede lid, 3°, vermelde opleidingstitel en/of kopie van het attest over de voltooide voortgezette opleiding, met inbegrip van het aantal opleidingsuren;

5° in voorkomend geval: kopie van de getuigschriften van werkgevers.

Art. 7 – Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

Het departement geeft de aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit het departement het aanvraagdossier en deelt het dit feit mee aan de aanvrager.

Art. 8 – Opstellen van een advies

§ 1 – Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt het departement een advies op over de vraag of de aanvrager voldoet aan de voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

§ 2 – Voor het opstellen van het advies kan het departement zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Als het departement zich baseert op een stellingname van een externe deskundige en als die externe deskundige van oordeel is dat de aanvraag niet voldoet aan de voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen, dan kan het departement beslissen om nog andere documenten op te vragen of, naargelang van het geval, beslissen om de aanvrager te horen. De beslissing om de aanvrager te horen of, naargelang van het geval, nog andere documenten op te vragen, schort de termijn vermeld in § 1 op tot de datum waarop betrokkene wordt gehoord of, naargelang van het geval, tot de datum waarop de opgevraagde documenten bij het departement ingediend werden.

Behoudens spoedeisende gevallen roept het departement de aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De aanvrager kan zich voor de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

Als de aanvrager niet op de hoorzitting verschijnt, baseert het departement zijn advies op de elementen waarover het beschikt.

Art. 9 – Beslissing van de Minister

§ 1 – Als het departement een gunstig advies afgeeft, baseert de Minister zich op dat gunstige advies en neemt hij binnen een maand, te rekenen vanaf de afgifte van dat advies, een beslissing.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister als volgt aan de aanvrager:

- 1° een gunstige beslissing via een gewoon schrijven;
- 2° een ongunstige beslissing via een aangetekend schrijven.

§ 2 – Als het departement een ongunstig advies afgeeft, zendt het departement dat advies via een aangetekend schrijven aan de aanvrager.

Binnen een maand, te rekenen vanaf de verzending van het aangetekend schrijven, kan de aanvrager zijn met redenen omklede stellingname omtrent het advies indienen bij het departement.

Als de aanvrager geen standpunt indient, beslist de Minister op basis van het advies van het departement.

§ 3 – Als de aanvrager een standpunt indient, stelt het departement een tweede advies op binnen een maand na ontvangst van de stellingname. Als de stellingname van de aanvrager nieuwe elementen bevat, kan het departement zich voor het opstellen van het tweede advies baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

In het geval vermeld in het eerste lid is artikel 8, § 2, tweede tot zesde lid, van toepassing.

De Minister beslist op basis van het advies van het departement en op basis van de stellingname van de aanvrager.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 2 – Bijzondere erkenningsprocedures

Onderafdeling 1 – Stage en erkenning van huisartsen en artsen-specialisten

Art. 10 – Aanvraag tot goedkeuring van het stageplan

Binnen de eerste vier maanden van zijn opleiding dient de aanvrager die in België gemachtigd is om de geneeskunde uit te oefenen, bij het departement een aanvraag in om zijn stageplan te laten goedkeuren.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd:

- 1° het begin, het einde en de duur van de stage;
- 2° de stagemeeester;
- 3° de stagedienst.

Bij de aanvraag worden de volgende documenten gevoegd:

- 1° een attest waaruit blijkt dat de aanvrager ingeschreven is in een faculteit Geneeskunde voor de desbetreffende discipline;
- 2° een attest van inschrijving bij de Orde der Artsen;
- 3° een kopie van een overeenkomst tussen de aanvrager, de stagemeeester en in voorkomend geval de stagedienst over de vergoeding van de aanvrager.

Art. 11 – Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

Het departement geeft de aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit het departement het aanvraagdossier en deelt het dit feit mee aan de aanvrager.

Art. 12 – Opstellen van een advies

Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt het departement een advies op over de vraag of het stageplan wordt goedgekeurd.

Het advies wordt opgesteld op basis van de nadere regels bepaald in artikel 8.

Art. 13 – Beslissing van de Minister

De Minister beslist op basis van het advies van het departement of het stageplan wordt goedgekeurd; die beslissing wordt genomen binnen een maand na afgifte van voormeld advies.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister als volgt aan de aanvrager:

- 1° een gunstige beslissing via een gewoon schrijven;
- 2° een ongunstige beslissing via een aangetekend schrijven.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 14 – Wijziging van het stageplan

De aanvrager legt elke wijziging van het stageplan voor aan het departement met het oog op goedkeuring door de Minister. De wijziging van het stageplan moet geschieden overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 11 tot 13.

Art. 15 – Onderbreking van de stage

§ 1 – De aanvrager doorloopt de stage zonder onderbreking.

In afwijking van het eerste lid kan de aanvrager aan het departement meedelen dat hij

de stage wenst te onderbreken. Op basis van een advies van het departement kan de Minister de onderbreking toestaan.

§ 2 – Tijdens de duur van zijn opleiding mag de aanvrager zijn stage in totaal gedurende hoogstens vier maanden onderbreken, zonder dat dit een verlenging van de duur van de stage met zich meebrengt, om de volgende redenen:

- 1° in het kader van het bevallingsverlof bepaald in de arbeidswet van 16 maart 1971;
- 2° in het kader van de palliatieve zorg bepaald in de herstellwet van 22 januari 1985 houdende sociale bepalingen;
- 3° om medische redenen.

§ 3 – Voor elke onderbreking bepaald in de §§ 1 tot 2 die vier maanden overschrijdt, wordt de stage verlengd met de periode die vier maanden overschrijdt.

Voor het gedeelte van de onderbreking dat de duur van vier maanden overschrijdt, legt de aanvrager een voorstel tot verlenging van de stage voor aan het departement.

De Minister beslist op basis van het advies van het departement over het gedeelte van de onderbreking dat de duur van vier maanden overschrijdt.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 16 – Meningsverschillen tussen aanvrager en stagemeester

§ 1 – In geval van een functioneel meningsverschil tussen de stagemeester en de aanvrager kan elk van hen het geschil schriftelijk voor advies voorleggen aan het departement.

Voor het opstellen van het advies kan het departement zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Het departement hoort beide partijen. Als één van de partijen of beide partijen niet verschijnen, geeft het departement zijn advies op basis van de elementen waarover het beschikt. In geval van gewettigde afwezigheid wordt een nieuwe datum voor de hoorzitting vastgesteld.

Het departement roept de partijen minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

§ 2 – De Minister beslecht het meningsverschil op basis van het advies van het departement.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

De beslissing bevat:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;

3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 17 – Ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep

§ 1 – Als de stagemeeester in de loop van of op het einde van de stageperiode van oordeel is dat de aanvrager niet geschikt is voor het uitoefenen van het beroep in kwestie, deelt hij dat schriftelijk mee aan de aanvrager en aan het departement, met vermelding van de redenen waarop hij zijn inschatting baseert.

Het departement stelt een advies over de beëindiging of voortzetting van de stage op. Voor het opstellen van het advies kan het departement zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Het departement hoort beide partijen. Als één van de partijen of beide partijen niet verschijnen, geeft het departement zijn advies op basis van de elementen waarover het beschikt. In geval van gewettigde afwezigheid wordt een nieuwe datum voor de hoorzitting vastgesteld.

Het departement roept de partijen minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

Na de partijen te hebben gehoord, geeft het departement een advies over de vraag of de stage beëindigd wordt, dan wel over de vraag of het resterende gedeelte van de stage onder leiding van een andere stagemeeester wordt doorlopen. In laatstgenoemd geval wordt vermeld in hoeverre de bij de eerste stagemeeester gedane stage in aanmerking komt voor de berekening van de totale duur van de stage voor het beroep in kwestie.

De Minister beslist op basis van het advies van het departement of de stage beëindigd of voortgezet wordt.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

De beslissing bevat:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

§ 2 – Als de Minister beslist om de stagemeeester te vervangen, stelt de kandidaat een nieuwe stagemeeester voor. In onderlinge overeenstemming met de nieuwe stagemeeester legt de kandidaat een wijziging van het stageplan ter goedkeuring voor aan de Minister, overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 14.

§ 3 – Als de nieuwe stagemeeester in de loop van de stage ook van oordeel is dat de kandidaat ongeschikt is, kan het departement adviseren om de stage te beëindigen en brengt het departement de aanvrager daarvan op de hoogte via een aangetekend schrijven.

Binnen een maand, te rekenen vanaf de verzending van het aangetekend schrijven, kan de aanvrager zijn met redenen omklede stellingname omtrent het advies indienen bij het departement.

Als de aanvrager geen stellingname indient, beslist de Minister op basis van het advies van het departement.

Als de aanvrager een stellingname indient, stelt het departement een tweede advies op binnen een maand na ontvangst van de stellingname. Voor het opstellen van het tweede advies kan het departement zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Het departement hoort de aanvrager. Als deze niet verschijnt, geeft het departement zijn advies op basis van de elementen waarover het beschikt. In geval van gewettigde afwezigheid wordt een nieuwe datum voor de hoorzitting vastgesteld.

De aanvrager kan zich voor de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

Het departement roept de aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De Minister beslist op basis van het advies van het departement of de stage wordt beëindigd.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

De beslissing bevat:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 18 – Erkenning op aanvraag

De aanvrager dient een aanvraag tot erkenning als huisarts of als arts-specialist in overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 6.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid moeten, naast de documenten vermeld in artikel 6, derde lid, nog de volgende documenten bij de aanvraag worden gevoegd:

- 1° de attesten van de stagemeeester;
- 2° het laatste stageverslag of elk ander document dat uitkomst biedt over de bekwaaamheden van de aanvrager;
- 3° een attest van inschrijving bij de Orde der Artsen.

Art. 19 – Erkenningsprocedure

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 7 tot 9.

Onderafdeling 2 – Erkenning waarbij tandartsen gemachtigd worden om een bijzondere beroepstitel te dragen

Art. 20 – Aanvraag tot goedkeuring van het stageplan

Binnen de eerste twee maanden van zijn opleiding dient de kandidaat die gemachtigd is de tandheelkunde in België uit te oefenen, bij het departement een aanvraag in om zijn stageplan te laten goedkeuren.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de in artikel 10, tweede lid, vermelde elementen worden opgevraagd en waarbij de in artikel 10, derde lid, 1° en 2°, vermelde documenten moeten worden gevoegd, alsook een bewijs dat de aanvrager gemachtigd is de tandheelkunde in België uit te oefenen.

Art. 21 – Procedure tot goedkeuring van het stageplan

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 11 tot 13.

Art. 22 – Wijziging van het stageplan

De aanvrager legt elke wijziging van het stageplan voor aan het departement met het oog op goedkeuring door de Minister. De wijziging van het stageplan moet geschieden overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 11 tot 13.

Art. 23 – Onderbreking van de stage

De aanvrager doorloopt de stage zonder onderbreking.

Van het principe vermeld in het eerste lid kan worden afgeweken overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 15.

Art. 24 – Meningsverschillen tussen aanvrager en stagemeester

Meningsverschillen tussen de stagemeester en de aanvrager worden behandeld overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 16.

Art. 25 – Ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep

Geschillen over de ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep worden behandeld overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 17.

Art. 26 – Erkenning op aanvraag

De aanvrager die gemachtigd is de tandheelkunde in België uit te oefenen, dient de aanvraag tot erkenning waarbij hij gemachtigd wordt een bijzondere beroepstitel te dragen in overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 6.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid moeten, naast de documenten vermeld in artikel 6, derde lid, nog de volgende documenten bij de aanvraag worden gevoegd:

1° de attesten van de stagemeester;

2° het laatste stageverslag of elk ander document dat uitkomst biedt over de bekwaamheden van de aanvrager.

Art. 27 – Erkenningsprocedure

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 7 tot 9.

Onderafdeling 3 – Erkenning als houder van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuis-apotheker

Art. 28 – Aanvraag tot voorlopige erkenning

Binnen zes maanden na het begin van zijn opleiding dient de aanvrager bij het departement een aanvraag tot voorlopige erkenning als houder van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker in.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de elementen vermeld in artikel 10, tweede lid, worden opgevraagd.

Bij de aanvraag worden de volgende documenten gevoegd:

- 1° het stageplan voor de eerste drie jaar van de praktische opleiding vermeld in het ministerieel besluit van 22 oktober 2012 tot vaststelling van de erkenningscriteria voor de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker;
- 2° de stageovereenkomst tussen de aanvrager, de stagemeeester en de stagedienst;
- 3° een attest van inschrijving bij de Orde der Apothekers.

Art. 29 – Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

Het departement geeft de aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit het departement het aanvraagdossier en deelt het dit feit mee aan de aanvrager.

Art. 30 – Opstellen van een advies

Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt het departement een advies op over de vraag of het stageplan wordt goedgekeurd.

Het advies wordt opgesteld op basis van de nadere regels bepaald in artikel 12.

Art. 31 – Beslissing van de Minister

De Minister beslist op basis van het advies of het stageplan wordt goedgekeurd.

Bij een gunstige beslissing ontvangt de aanvrager tegelijk de voorlopige erkenning.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 32 – Geldigheidsduur van de voorlopige erkenning

De voorlopige erkenning is drie jaar geldig. Na advies van het departement kan de Minister ze één keer met maximaal drie jaar verlengen.

De geldigheidsduur vermeld in het eerste lid gaat in op de dag dat de aanvrager de stage werkelijk heeft aangevat, als het stageplan binnen de eerste zes maanden na het begin van de academische opleiding ingediend werd. Als het stageplan later werd ingediend, gaat de geldigheidsduur van de voorlopige erkenning in op de dag dat de aanvraag vermeld in artikel 28 werd ingediend.

Art. 33 – Onderbreking van de stage

De aanvrager doorloopt de stage zonder onderbreking.

Van het principe vermeld in het eerste lid kan worden afgeweken overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 15.

Art. 34 – Meningsverschillen tussen aanvrager en stagemeester

Meningsverschillen tussen de stagemeester en de aanvrager worden behandeld overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 16.

Art. 35 – Ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep

Geschillen over de ongeschiktheid voor de uitoefening van het beroep worden behandeld overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 17.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid heeft een negatieve beslissing van de Minister tot gevolg dat de voorlopige erkenning ophoudt te bestaan.

Art. 36 – Aanvraag tot volledige erkenning

Overeenkomstig de nadere regels bepaald in artikel 6 dient de aanvrager na het beëindigen van zijn stage een aanvraag tot volledige erkenning als houder van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker in.

Met behoud van de toepassing van het eerste lid moeten, naast de documenten vermeld in artikel 6, derde lid, nog de volgende documenten bij de aanvraag worden gevoegd:

- 1° de stageverslagen;
- 2° de evaluaties van de stagemeester;
- 3° de stageschriften.

Art. 37 – Erkenningsprocedure

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 7 tot 9.

Art. 38 – Geldigheidsduur van de volledige erkenning

De volledige erkenning is vijf jaar geldig. De geldigheidsduur kan overeenkomstig artikel 39 verlengd worden.

De beslissing van de Minister die de aanvrager in het kader van de procedure bepaald in artikel 37 ontvangt, bevat de datum waarop de geldigheidsduur ingaat.

Art. 39 – Aanvraag tot verlenging van de volledige erkenning

Uiterlijk zes maanden voordat de geldigheidsduur van de oorspronkelijke volledige er-

kenning verstrijkt of in met bijzondere redenen omklede gevallen na dat tijdstip, dient de aanvrager een aanvraag tot verlenging van de volledige erkenning in bij het departement.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking. Naast de documenten vermeld in artikel 6, derde lid, moeten bij de aanvraag alle ter zake dienende elementen worden gevoegd die bewijzen dat de aanvrager voldoet aan de voorwaarden tot verlenging van de erkenning bepaald in de artikelen 14 tot 16 van het ministerieel besluit van 22 oktober 2012 tot vaststelling van de erkenningscriteria voor de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker. Als de aanvrager de aanvraag na de in het eerste lid vermelde termijn van zes maanden bij het departement indient, moet bij de aanvraag een bijzondere motivering gevoegd worden.

Art. 40 – Procedure tot verlenging van de volledige erkenning

De erkenningsprocedure verloopt overeenkomstig de nadere regels bepaald in de artikelen 7 tot 9.

Afdeling 3 – Registratie

Art. 41 – Registratie op aanvraag

De aanvrager dient bij het departement een aanvraag overeenkomstig het tweede lid in om geregistreerd te worden overeenkomstig artikel 56 van de wet van 10 mei 2015.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd:

- 1° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer (BIS-nummer als de aanvrager geen rijksregisternummer bezit);
- 2° het bekwaamheidsbewijs of de beroepsrelevante opleidingstitels;
- 3° de opleidingsinstelling die het bekwaamheidsbewijs vermeld in 2° of de opleidingstitels vermeld in 2° afgegeven heeft;
- 4° relevante beroepservaring.

Bij de aanvraag vermeld in het tweede lid worden de volgende documenten gevoegd:

- 1° kopie van de voorzijde en achterzijde van de identiteitskaart;
- 2° origineel exemplaar van het uittreksel uit het Strafrechtregister dat niet ouder is dan drie maanden;
- 3° kopie van het bekwaamheidsbewijs vermeld in het tweede lid, 3° en/of van het bewijs dat de opleiding met succes werd voltooid.

Art. 42 – Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

Het departement geeft de aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit het departement het aanvraagdossier en deelt het dit feit mee aan de aanvrager.

Art. 43 – Opstellen van een advies

Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt het departement een advies op over de vraag of de aanvrager voldoet aan de voorwaarden die aan de registratie ten grondslag liggen.

Art. 44 – Beslissing van de Minister

De Minister beslist op basis van het advies van het departement of betrokkene geregistreerd wordt.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 4 – Intrekking van de erkenning of registratie

Art. 45 – Intrekkingprocedure

§ 1 – De Minister trekt de erkenning of registratie in wanneer de beoefenaar van een gezondheidszorgberoep niet meer voldoet aan de voorwaarden die ten grondslag liggen aan diens erkenning of registratie.

Vóór de intrekking wint de Minister het advies van het departement in. Voor het opstellen van het advies kan het departement zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Na afgifte van het advies deelt de Minister zijn voornemen via aangetekend schrijven mee aan de betrokken beroepsbeoefenaar en bezorgt de Minister hem tegelijk het advies van het departement. De beroepsbeoefenaar kan binnen een maand na de toezending van dat voornemen een met redenen omkleed standpunt indienen bij de Minister.

Als de beroepsbeoefenaar geen stellingname indient, beslist de Minister op basis van het advies van het departement.

Als de beroepsbeoefenaar een stellingname indient, stelt het departement een tweede advies op binnen een maand na ontvangst van de stellingname. In dat geval kan het departement zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap. Het departement kan voorts beslissen om nog andere stukken op te vragen of, naargelang van het geval, om de aanvrager te horen.

Behoudens spoedeisende gevallen roept het departement de aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De aanvrager kan zich voor de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

Als de aanvrager niet op de hoorzitting verschijnt, geeft het departement een advies af op basis van de elementen waarover het beschikt.

§ 2 – De Minister beslist op basis van het advies van het departement en op basis van de stellingname van de beroepsbeoefenaar.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de aanvrager.

In de beslissing om de erkenning of de registratie in te trekken, wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Art. 46 – Vrijwillige beëindiging van de erkenning of van de registratie

Elke beoefenaar van een gezondheidszorgberoep kan zijn erkenning of registratie vrijwillig beëindigen. Hiertoe licht hij het departement van zijn voornemen in.

Op voorstel van het departement trekt de Minister de erkenning of registratie in.

Art. 47 – Nieuwe aanvraag

De beoefenaar van een gezondheidszorgberoep van wie de erkenning of de registratie overeenkomstig de artikelen 45 of 46 ingetrokken werd, kan te allen tijde een nieuwe aanvraag tot erkenning of een nieuwe aanvraag tot registratie indienen overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

HOOFDSTUK 3 – ERKENNINGSPROCEDURE

Afdeling 1 – Automatische erkenning

Art. 48 – Aanvraag

De Europese aanvrager kan een aanvraag tot automatische erkenning van zijn beroepskwalificatie overeenkomstig artikel 106 van de wet van 10 mei 2015 schriftelijk indienen bij het departement.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de volgende elementen worden opgevraagd:

- 1° benaming van het Belgische gezondheidszorgberoep waarvoor de erkenning wordt aangevraagd;
- 2° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer (BIS-nummer als de Europese aanvrager geen rijksregisternummer bezit);
- 3° de beroepskwalificatie waarvoor de Europese aanvrager een aanvraag indient.

Bij de aanvraag vermeld in het tweede lid worden de volgende documenten gevoegd:

- 1° levensloop, opgesteld in de vorm van een tabel;
- 2° kopie van de voorzijde en achterzijde van de identiteitskaart;
- 3° origineel exemplaar van het uittreksel uit het Strafrechtregister dat niet ouder is dan drie maanden of, bij gebrek daaraan, een gelijkwaardig document dat werd afgegeven door een autoriteit van de lidstaat van oorsprong van de Europese aanvrager en dat niet ouder is dan drie maanden;
- 4° kopie van de opleidingstitel vermeld in het tweede lid, 3°;

5° origineel exemplaar van het door de lidstaat van oorsprong afgegeven attest waaruit blijkt dat de opleidingstitel van de Europese aanvrager overeenstemt met de desbetreffende titel van de richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties;

6° in voorkomend geval: kopie van de toelating tot het beroep, afgegeven door de lidstaat van oorsprong;

7° in voorkomend geval: een attest van de bevoegde officiële vertegenwoordiging van de artsenstand van de lidstaat van oorsprong dat een correct professioneel gedrag attesteert en dat niet ouder is dan drie maanden;

8° in voorkomend geval: kopie van de getuigschriften van werkgevers.

Het departement kan bij de Europese aanvrager nog andere documenten aanvragen waaruit blijkt dat hij aan alle voorwaarden voor de automatische erkenning voldoet.

§ 2 – Onverminderd artikel 69 van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap dient de Europese aanvrager de aanvraag en de bij de aanvraag gevoegde documenten in het Duits in. Als de documenten niet in het Duits zijn opgesteld, dient de Europese aanvrager een door een beëdigd vertaler gemaakte Duitse vertaling van de documenten in.

Met instemming van de Europese aanvrager en in overleg met de bevoegde autoriteiten van de andere gemeenschappen kan het departement een in het Nederlands of in het Frans ingediende aanvraag doorzenden aan de autoriteiten van de bevoegde gemeenschap. Het departement stelt de Europese aanvrager daarvan in kennis.

Art. 49 – Behandeling van de aanvraag

§ 1 – Het departement geeft de Europese aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit het departement het aanvraagdossier en deelt het dit feit mee aan de Europese aanvrager.

§ 2 – Binnen twee maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, maakt het departement een advies op over de vraag of de door de Europese aanvrager ingediende documenten authentiek zijn en of diens opleidingstitel voldoet aan de minimumopleidingseisen in de zin van artikel 106 van de wet van 10 mei 2015.

§ 3 – De Minister beslist op basis van het advies van het departement of betrokkene automatisch erkend wordt.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de Europese aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing wordt het volgende vermeld:

1° de mogelijkheid om beroep in stellen;

2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;

3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 2 – Algemeen stelsel van erkenning

Art. 50 – Aanvraag

§ 1 – De Europese aanvrager kan een aanvraag tot erkenning van zijn beroepskwalificatie overeenkomstig het algemeen stelsel in de zin van artikel 105 van de wet van 10 mei 2015 schriftelijk indienen bij het departement.

De Minister stelt daartoe een aanvraagformulier ter beschikking waarin de elementen vermeld in artikel 48, tweede lid, worden opgevraagd.

Bij de aanvraag vermeld in het tweede lid worden de volgende documenten gevoegd:

1° de documenten vermeld in artikel 48, derde lid, 1° tot 4° en 6° tot 8°;

2° het officiële opleidingsprogramma dat tot het verkrijgen van de beroepskwalificatie geleid heeft.

Het departement kan bij de Europese aanvrager nog andere documenten aanvragen waaruit blijkt dat hij aan alle voorwaarden voor de erkenning overeenkomstig het algemeen stelsel voldoet.

§ 2 – Artikel 48, § 2, is van toepassing op de verdere nadere regels voor het indienen van de aanvraag.

Art. 51 – Ontvangstbevestiging en volledigheid van de aanvraag

Het departement geeft de Europese aanvrager binnen een maand na indiening van de aanvraag een schriftelijke ontvangstbevestiging en deelt hem mee of de aanvraag volledig is, en zo neen, welke inlichtingen en documenten ontbreken.

Als zes maanden na de ontvangstbevestiging vermeld in het eerste lid nog inlichtingen en documenten ontbreken die voor de behandeling van de aanvraag noodzakelijk zijn, sluit het departement het aanvraagdossier en deelt het dit feit mee aan de Europese aanvrager.

Art. 52 – Opstellen van een advies

§ 1 – Binnen drie maanden, te rekenen vanaf het tijdstip waarop de aanvraag volledig is, stelt het departement een advies op over de vraag of de Europese aanvrager binnen het toepassingsgebied van het algemeen stelsel voor de erkenning van beroepskwalificaties valt en over de vraag of hij de nodige beroepskwalificatie en beroepservaring heeft. Voorts bevat het advies van het departement in voorkomend geval een aanbeveling omtrent de op te leggen compenserende maatregelen als de beroepskwalificatie en beroepservaring van de Europese aanvrager overeenkomstig artikel 16 van de wet van 12 februari 2008 ontoereikend zijn.

§ 2 – Voor het opstellen van het advies kan het departement zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Als het departement teruggrijpt op een stellingname van een externe deskundige die van oordeel is dat de Europese aanvrager buiten het toepassingsgebied van het algemeen stelsel voor de erkenning van beroepskwalificaties valt en/of de nodige beroepskwalificatie en beroepservaring mist, kan het departement beslissen om nog andere documenten aan te vragen of, naargelang van het geval, om de Europese aanvrager te horen. De beslissing om de Europese aanvrager te horen of, naargelang van het geval, nog andere do-

cumenten op te vragen, schort de termijn vermeld in § 1 op tot de datum waarop betrokkene wordt gehoord of, naargelang van het geval, tot de datum waarop de opgevraagde documenten bij het departement ingediend werden.

Behoudens spoedeisende gevallen roept het departement de Europese aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De Europese aanvrager kan zich op de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

Als de Europese aanvrager niet op de hoorzitting verschijnt, baseert het departement zijn advies op de elementen waarover het beschikt.

Art. 53 – Beslissing van de Minister

§ 1 – Als het departement een gunstig advies afgeeft, baseert de Minister zich op dat gunstige advies en neemt hij binnen een maand, te rekenen vanaf de afgifte van dat advies, een beslissing.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister als volgt aan de Europese aanvrager:

- 1° een gunstige beslissing via een gewoon schrijven;
- 2° een ongunstige beslissing via een aangetekend schrijven.

§ 2 – Verstrekt het departement een ongunstig advies of een advies waarin het compenserende maatregelen aanbeveelt, dan bezorgt het departement dat advies via aangetekend schrijven aan de Europese aanvrager.

Binnen een maand, te rekenen vanaf de verzending van het aangetekend schrijven, kan de Europese aanvrager zijn met redenen omkleed standpunt omtrent het advies indienen bij het departement.

Als de Europese aanvrager geen standpunt indient, beslist de Minister op basis van het advies van het departement.

§ 3 – Als de Europese aanvrager een stellingname indient, stelt het departement een tweede advies op binnen een maand na ontvangst van de stellingname. Als de stellingname van de Europese aanvrager nieuwe elementen bevat, kan het departement zich voor het opstellen van het tweede advies baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

In het geval vermeld in het eerste lid is artikel 52, § 2, tweede tot vijfde lid, van toepassing.

De Minister beslist op basis van het advies van het departement en op basis van het standpunt van de Europese aanvrager.

Het departement bezorgt de beslissing van de Minister binnen een maand via aangetekend schrijven aan de Europese aanvrager.

In een afwijzingsbeslissing of in een beslissing waarbij een compenserende maatregel wordt opgelegd, wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;

- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

HOOFDSTUK 4 – PROCEDURE VOOR DE AFGIFTE VAN DE EUROPESE BEROEPSKAART

Afdeling 1 – Aanvraagprocedure en afgifteprocedure voor beroepen die onder de automatische erkenning vallen

Onderafdeling 1 – Gemeenschappelijke bepaling

Art. 54 – Toepassingsgebied

Deze afdeling is van toepassing op aanvragen tot afgifte van een Europese beroepskaart ten behoeve van vestiging voor volgende beroepen die onder de automatische erkenning als bedoeld in artikel 106 van de wet van 10 mei 2015 vallen en waarvoor de Europese Commissie overeenkomstig richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties via de EU-verordening een Europese beroepskaart heeft ingevoerd:

- 1° verantwoordelijk algemeen ziekenverpleger;
- 2° apotheker.

Onderafdeling 2 - Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in een andere lidstaat

Art. 55 – Aanvraag van de Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in een andere lidstaat

Met het oog op de aanvraag van de Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in een andere lidstaat kan de houder van een in de Duitstalige Gemeenschap daartoe vereiste beroepskwalificatie die dat beroep in een andere lidstaat wil uitoefenen:

- 1° de erkenning van die beroepskwalificatie in de ontvangende lidstaat aanvragen of;
- 2° afhankelijk van het geval, het departement vragen om een Europese beroepskaart af te geven of het departement vragen om bij de ontvangende lidstaat een aanvraag tot afgifte van een Europese beroepskaart in te dienen waarbij betrokkene alle voorbereidende stappen met betrekking tot zijn IMI-bestand uitvoert.

Art. 56 – Indienen van de aanvraag van een Europese beroepskaart

§ 1 – De houder van een beroepskwalificatie als bedoeld in artikel 55 die een beroepsactiviteit wil uitoefenen in een andere lidstaat, kan overeenkomstig artikel 3 van de EU-verordening een Europese beroepskaart aanvragen via een door de Europese Commissie ter beschikking gesteld online-instrument waar een individueel IMI-bestand voor die aanvrager wordt aangemaakt.

Naar aanleiding van de indiening van de aanvraag vraagt het departement de volgende elementen op:

- 1° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer respectievelijk BIS-nummer als de aanvrager geen rijksregisternummer bezit;
- 2° benaming van het Belgische gezondheidszorgberoep waarvoor de erkenning wordt aangevraagd;
- 3° de lidstaat waar de aanvrager zich wil vestigen;

4° in voorkomend geval de lidstaat waar de aanvrager bij het indienen van de aanvraag wettelijk is gevestigd om er de betrokken werkzaamheden uit te oefenen.

De aanvrager voegt bij zijn aanvraag de documenten vermeld in bijlage II, deel A, punt 1, van de EU-verordening.

§ 2 – Binnen een week na ontvangst van de aanvraag bevestigt het departement aan de aanvrager dat het zijn aanvraag heeft ontvangen en deelt het departement de aanvrager in voorkomend geval mee welke documenten ontbreken.

In voorkomend geval geeft het departement alle bewijsstukken af die overeenkomstig de EU-verordening noodzakelijk zijn. Het departement gaat na of de aanvrager wettelijk gevestigd is in de Duitstalige Gemeenschap is en of alle, voor de afgifte van een Europese beroepskaart noodzakelijke documenten geldig en authentiek zijn. Indien hierover gegrond twijfel bestaat, raadpleegt het departement de instelling die het document afgegeven heeft. Bovendien kan het departement de aanvrager om eensluidend gewaarmerkte afschriften van de documenten of, in voorkomend geval, om de voorlegging van originele stukken vragen.

Indien eenzelfde aanvrager meerdere aanvragen doet, mag het departement geen nieuwe indiening verlangen van documenten die al in het IMI-bestand zijn opgenomen en nog steeds geldig zijn.

Art. 57 – Behandeling door het departement

§ 1 – Het departement onderzoekt binnen één maand of de documenten in het IMI-bestand authentiek en geldig zijn. Die termijn gaat in:

1° ofwel bij de ontvangst van de ontbrekende documenten vermeld in artikel 56, § 2, eerste lid;

2° ofwel, indien geen aanvullende documenten verlangd werden, na afloop van de in artikel 56, § 2, eerste lid, vermelde termijn van één week na ontvangst van de aanvraag.

Het departement stuurt de aanvraag om een Europese beroepskaart te krijgen vervolgens onverwijld toe aan de bevoegde autoriteit van de ontvangende lidstaat en stelt de aanvrager tegelijk in kennis van de stand van de aanvraag.

§ 2 – Het departement verstrekt de door de ontvangende lidstaat in geval van gegrond twijfel aangevraagde aanvullende documenten of het eensluidend gewaarmerkt afschrift van een document uiterlijk twee weken na indiening van het verzoek door die ontvangende lidstaat.

Onderafdeling 4 – Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in het Duitse taalgebied

Art. 58 – Onderzoek van een aanvraag van een Europese beroepskaart voor het uitoefenen van een beroepsactiviteit in het Duitse taalgebied

§ 1 – Dit artikel is van toepassing wanneer het departement, via een bevoegde autoriteit van een lidstaat van oorsprong van een houder van een beroepskwalificatie, een aanvraag van een Europese beroepskaart ontvangt om zich in het Duitse taalgebied te vestigen.

§ 2 – Binnen één maand nadat de door de lidstaat van oorsprong toegezonden aanvraag bij het departement is ingekomen, beslist de Minister op basis van een advies van

het departement of hij een Europese beroepskaart afgeeft. In geval van een gunstige beslissing kent de Minister tegelijk de automatische erkenning bepaald in artikel 48, § 3, toe.

§ 3 – Het departement kan de termijn vermeld in paragraaf 2 met twee weken verlengen. Het departement licht de redenen voor de verlenging nader toe en stelt de Europese aanvrager daarvan in kennis. Het departement kan die verlenging eenmaal en alleen wanneer het strikt noodzakelijk is herhalen, met name om redenen die verband houden met de volksgezondheid of de veiligheid van de afnemers van de diensten.

§ 4 – In geval van gegronde twijfel kan het departement de lidstaat van oorsprong verzoeken om aanvullende informatie of om het meesturen van een voor eensluidend gewaarmerkt afschrift van een document of, in voorkomend geval, om voorlegging van originele stukken.

Het departement mag alleen toegang vragen tot documenten die in het IMI-bestand zijn opgenomen en die nog geldig zijn.

De termijn waarbinnen de Minister overeenkomstig § 2 een beslissing moet nemen, wordt niet verlengd door het aanvragen van aanvullende informatie, door het aanvragen van voor eensluidend gewaarmerkte afschriften van een document of, in voorkomend geval, door het aanvragen van de voorlegging van originele stukken.

De Minister kan de afgifte van de beroepskaart weigeren als het departement niet de nodige informatie krijgt van de lidstaat van oorsprong of van de Europese aanvrager. Deze weigering wordt naar behoren gemotiveerd.

§ 5 – Als de Minister geen beslissing neemt binnen de in paragraaf 2 gestelde termijn, wordt de Europese beroepskaart als afgegeven beschouwd en wordt de Europese beroepskaart via het IMI-systeem automatisch toegezonden aan de houder van een beroepskwalificatie.

Ten behoeve van vestiging verleent de afgifte van een Europese beroepskaart geen automatisch recht om een bepaald beroep uit te oefenen als er in de Duitstalige Gemeenschap al registratievoorschriften of andere controleprocedures gelden voordat de Europese beroepskaart voor dat beroep wordt ingevoerd.

De door de lidstaat van oorsprong overeenkomstig dit artikel genomen maatregelen omtrent de Europese beroepskaart, vervangen elke aanvraag om automatische erkenning van beroepskwalificaties.

§ 6 – Als de Minister in het kader van dit artikel een afwijzingsbeslissing neemt, zendt het departement die beslissing binnen één maand via aangetekend schrijven toe aan de Europese aanvrager. In die beslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 2 – Aanvraagprocedure en afgifteprocedure voor beroepen die onder het algemeen stelsel voor de erkenning vallen

Art. 59 – Toepassingsgebied

Deze afdeling is van toepassing op de aanvragen tot afgifte van een Europese beroepskaart ten behoeve van de vestiging voor het beroep van kinesitherapeut dat onder het algemeen stelsel voor de erkenning als bedoeld in artikel 105 van de wet van 10 mei 2015 valt en waarvoor de Europese Commissie overeenkomstig richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties via de EU-verordening een Europese beroepskaart heeft ingevoerd.

Art. 60 – Aanvraag van de Europese beroepskaart voor de uitoefening van een beroepsactiviteit in een andere lidstaat

De aanvraag van de Europese beroepskaart door een in het Duitse taalgebied gevestigde kinesitherapeut om zijn beroepsactiviteit uit te oefenen in een andere lidstaat valt onder de toepassing van de artikelen 5/1, 5/2 en 5/5 van de wet van 12 februari 2008. Voor de toepassing van dit artikel treedt het departement op als bevoegde Belgische autoriteit.

Art. 61 – Indienen van de aanvraag van een Europese beroepskaart

In het kader van artikel 60 en voor de toepassing van artikel 5/2, § 1, tweede lid, van de wet van 12 februari 2008 vraagt het departement de volgende elementen op:

1° naam, voornaam, adres, land, telefoonnummer, e-mailadres, geslacht, nationaliteit, geboortedatum, geboorteland en geboorteplaats, alsook rijksregisternummer respectievelijk BIS-nummer als de aanvrager geen rijksregisternummer bezit;

2° benaming van het Belgische gezondheidszorgberoep waarvoor de erkenning wordt aangevraagd;

3° de lidstaat waar de aanvrager zich wil vestigen;

4° in voorkomend geval de lidstaat waar de aanvrager bij het indienen van de aanvraag wettelijk is gevestigd om er de betrokken werkzaamheden uit te oefenen.

De aanvrager voegt bij zijn aanvraag de documenten vermeld in bijlage II, deel A, punt 2, van de EU-verordening.

Art. 62 – Onderzoek van een aanvraag van een Europese beroepskaart voor het uitoefenen van het beroep van kinesitherapeut in het Duitse taalgebied

§ 1 – Dit artikel is van toepassing wanneer de houder van een beroepskwalificatie, via de bevoegde autoriteit van zijn lidstaat van oorsprong, bij het departement een Europese beroepskaart aanvraagt om zich in het Duitse taalgebied als kinesitherapeut te vestigen.

§ 2 – De controle van de aanvraag vermeld in paragraaf 1 en de eventueel daaruit voortvloeiende afgifte van de Europese beroepskaart vallen onder de toepassing van artikel 5/6, § 3 tot 6, van de wet van 12 februari 2008. Voor de toepassing van het voormelde artikel treedt het departement op als bevoegde Belgische autoriteit.

§ 3 – Voor de toepassing van artikel 5/6, § 3, beslist de Minister op basis van een advies van het departement. Voor het opstellen van het advies kan het departement zich baseren op de stellingname van één of meer externe deskundigen of adviesorganen van een andere gemeenschap.

Als het departement zich baseert op een stellingname van een externe deskundige en als die externe deskundige van oordeel is dat de Europese aanvrager niet over de nodige beroepskwalificatie en beroepservaring beschikt, dan kan het departement beslissen om de Europese aanvrager te horen.

Behoudens spoedeisende gevallen roept het departement de Europese aanvrager minstens 15 dagen van tevoren op om te worden gehoord.

De externe deskundige kan aan de hoorzitting deelnemen.

De Europese aanvrager kan zich op de hoorzitting laten bijstaan door een advocaat.

Als de Europese aanvrager niet op de hoorzitting verschijnt, baseert het departement zijn advies op de elementen waarover het beschikt.

In geval van een gunstige beslissing verleent de Minister tegelijk de erkenning bepaald in artikel 53, § 1, tweede lid of, naargelang van het geval, de erkenning bepaald in artikel 53, § 3, vierde lid.

§ 4 – Als de Minister in het kader van dit artikel een afwijzingsbeslissing neemt of een beslissing waarin een compenserende maatregel wordt opgelegd, zendt het departement die beslissing binnen één maand via aangetekend schrijven toe aan de Europese aanvrager. In de beslissing wordt het volgende vermeld:

- 1° de mogelijkheid om beroep in stellen;
- 2° de bevoegde instanties die daarvan kennis nemen;
- 3° de na te leven termijnen en vormvereisten.

Afdeling 3 – Gemeenschappelijke bepaling

Art. 63 – Verwerking van en toegang tot gegevens met betrekking tot de Europese beroepskaart

De afdelingen 1 en 2 vallen onder de toepassing van artikel 5/8 van de wet van 12 februari 2008.

HOOFDSTUK 5 – SLOTBEPALINGEN

Art. 64 – Wijzigingsbepaling

In het koninklijk besluit van 21 april 1983 tot vaststelling van de nadere regelen voor erkenning van artsen-specialisten en van huisartsen worden de volgende bepalingen opgeheven:

- 1° artikel 4, 2° en 3°;
- 2° artikel 4bis;
- 3° artikel 7;
- 4° artikel 8, 1°, 2° en 3°;
- 5° de artikelen 9 tot 9bis;
- 6° hoofdstuk 3, dat de artikelen 10 tot 33 omvat;
- 7° de artikelen 44 tot 45.

Art. 65 – Wijzigingsbepaling

In het koninklijk besluit van 10 november 1996 tot vaststelling van de erkenningsmodaliteiten van de beoefenaars van de tandheelkunde, houders van een bijzondere beroepstitel, worden de volgende bepalingen opgeheven:

- 1° artikel 3, 2°;
- 2° artikel 6;

- 3° artikel 7, 1° tot 3°;
- 4° hoofdstuk III, dat de artikelen 9 tot 32 omvat.

Art. 66 – Wijzigingsbepaling

In het koninklijk besluit van 22 oktober 2012 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning van de bijzondere beroepstitel van ziekenhuisapotheker worden de volgende bepalingen opgeheven:

- 1° artikel 2, 1°;
- 2° hoofdstuk 2, dat de artikelen 4 tot 21 omvat;
- 3° artikel 34, 1° en 2°;
- 4° de artikelen 37 en 38;
- 5° de artikelen 46 tot 49.

Art. 67 – Wijzigingsbepaling

In artikel 9 van het koninklijk besluit van 1 februari 1991 betreffende de uitoefening van het beroep van vroedvrouw worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° paragraaf 2 en paragraaf 3 worden vervangen als volgt:

"§ 2 – Indien het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap vaststelt dat betrokkene niet voldoet aan de voorwaarde gesteld in § 1, maant het departement hem aan.

§ 3 – Indien het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap vaststelt dat betrokkene, na het verstrijken van een periode van één jaar, te rekenen vanaf de aanmaning, nog geen permanente opleiding aangevat of vervolledigd heeft, kan diens beroepstitel worden ingetrokken overeenkomstig de procedure bepaald in artikel 45 van het besluit van de Regering van *** tot vaststelling van de procedure voor de registratie en erkenning van de beoefenaars van de gezondheidszorgberoepen en tot afgifte van een Europese beroepskaart."

- 2° paragraaf 4 wordt opgeheven.

Art. 68 – Opheffingsbepaling

Opgeheven worden:

- 1° het koninklijk besluit van 15 april 2002 betreffende de erkenning als kinesitherapeut en de erkenning van bijzondere beroepstitels en bijzondere bekwaamheden;

- 2° het koninklijk besluit van 18 november 2004 betreffende de erkenning van de beoefenaars van de paramedische beroepen, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 16 februari 2009;

- 3° het koninklijk besluit van 14 april 2013 tot vaststelling van de procedure voor de erkenning van de beroepskwalificaties betreffende de gezondheidsberoepen verworven in een andere lidstaat van de Europese Unie dan België;

- 4° het koninklijk besluit van 18 april 2013 betreffende de samenstelling, de organisatie en de werking van de Erkenningscommissie voor de beoefenaars van de verpleegkunde, en tot vaststelling van de erkenningsprocedure waarbij de verpleegkundigen ertoe gemachtigd worden een bijzondere beroepstitel te dragen of zich op een bijzondere beroepsbekwaamheid te beroepen, en de registratieprocedure als zorgkundige, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 21 februari 2014;

- 5° het besluit van de Regering van 24 maart 2016 tot instelling van een overgangsregeling voor de procedure tot erkenning van gezondheids- en zorgberoepen.

Art. 69 – Overgangsbepaling

Alle aanvragen tot registratie en erkenning van de beoefenaars van de gezondheidszorgberoepen en alle aanvragen tot afgifte van de Europese beroepskaart die vóór inwerkingtreding van dit besluit bij het departement werden ingediend, worden vanaf inwerkingtreding van dit besluit behandeld overeenkomstig dit besluit.

Art. 70 – Overgangsbepaling

§ 1 – De Minister erkent de personen vermeld in artikel 153, § 1, van de wet van 10 mei 2015 van rechtswege, zodra het Rijksinstituut voor ziekte- en invaliditeitsverzekering de daartoe noodzakelijke inlichtingen aan het departement heeft bezorgd.

§ 2 – Personen die een erkenning aanvragen op grond van artikel 153, § 2, van de wet van 10 mei 2015, dienen een aanvraag in bij het departement overeenkomstig artikel 6. Naast de elementen vermeld in artikel 6, derde lid, worden bij de aanvraag stukken gevoegd waaruit blijkt dat de aanvrager voldoet aan de voorwaarden bepaald in artikel 153, § 2, van de wet van 10 mei 2015.

De artikelen 7 tot 9 zijn van toepassing op de nadere regels voor de behandeling van de aanvraag en op het besluitvormingsproces.

§ 3 – Personen die een erkenning aanvragen op grond van artikel 153, § 3, van de wet van 10 mei 2015, dienen een aanvraag in bij het departement overeenkomstig artikel 6.

Naast de elementen vermeld in artikel 6, tweede lid, worden de volgende elementen opgevraagd:

1° de activiteiten waarvoor de aanvrager het voordeel van de verworven rechten aanvraagt;

2° de periodes waarin en plaatsen waar hij die activiteiten heeft uitgeoefend.

Naast de documenten vermeld in artikel 6, derde lid, wordt bij de aanvraag een attest van een arts of apotheker gevoegd waaruit blijkt dat de aanvrager de activiteiten vermeld in het tweede lid, 1°, duurzaam en in voldoende aantal heeft uitgeoefend.

Het attest vermeld in het derde lid kan alleen afgegeven worden door artsen of apothekers die bevoegd zijn om handelingen en verstrekkingen voor het paramedisch beroep in kwestie voor te schrijven.

De artikelen 7 tot 9 zijn van toepassing op de nadere regels voor de behandeling van de aanvraag en op het besluitvormingsproces.

Art. 71 – Overgangsbepaling

Personen die een erkenning aanvragen op grond van artikel 154 van de wet van 10 mei 2015, dienen een aanvraag in bij het departement overeenkomstig artikel 6. Naast de elementen vermeld in artikel 6, derde lid, worden bij de aanvraag stukken gevoegd waaruit blijkt dat de aanvrager voldoet aan de voorwaarden bepaald in artikel 154 van de wet van 10 mei 2015.

De artikelen 7 tot 9 zijn van toepassing op de nadere regels voor de behandeling van de aanvraag en op het besluitvormingsproces.

Art. 72 – Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2019.

Art. 73 – Uitvoeringsbepaling

De Minister bevoegd voor Gezondheid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS